

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Auf.

**Abonnementspreis** 50 Pfg. pro Monat, 1,50 Mk. pro Quartal.  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzeln Nummern 1 Mark.

**Anzeigen** kosten die nebengefaltene Kolonelle resp. deren Raum 1.— Mark.  
Bei 5maliger Aufnahme 10, bei 12maliger Aufnahme 20 und bei 20maliger Aufnahme 30 Prozent Rabatt.

Telephon-Nr. 98.

### Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegraphen-Adresse: **Mitverband Bochum.**

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Redaktion: **Theodor Wagner, Essen.**  
Druck u. Verlag von **Sansmann & Co., Bochum, Wismelhauserstr. 42.**

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Aufnahme gelangen.

## Am 1. Mai.

Aus der Nacht herauf zum Licht!  
Brüder, von der harten Schicht  
Bleibt für heute doch zu Haus,  
Steckt am Hut den Maienstrauß,  
Und wenn ihr ihn so geziert,  
Kommt mit uns und demonstriert:  
Gegen die zu lange Fron,  
Gegen den zu kargen Lohn,  
Gegen frechen Herrentruß,  
Gegen schlechten Lebenschutz,  
Und was immer euch bedroht —  
Gegen Achtung, Druck und Not. —  
Viel zu lang schon hält der Schacht  
Euch in Sinfertnis und Nacht.  
Darum heut am ersten Mai  
Macht für Licht und Luft euch frei. —  
Aus der Tiefe steigt herauf,  
Demonstriert mit uns zu Haus. —  
Daß die Armut nicht mehr klagt,  
Daß der Sonnenmorgen tagt,  
Daß uns Schönheit wird und Licht,  
Daß die Sklavenkette bricht,  
Alle Menschen frank und frei,  
Hoch! Glückauf zum ersten Mai! **S. F.**

## Am 1. Mai.

Auf der deutschen Arbeiterklasse lastet schwer und drückend die wirtschaftliche Krise. Sie wird der Matfeler, die in diesen Jahre zum zwanzigsten Male wiederkehrt, sicherlich ihren Stempel aufdrücken. Man bedenke! Innerhalb der freien Gewerkschaften sind im Jahre 1908 in zwei Verbänden allein, in denen der Metall- und Holzarbeiter rund fünf Millionen Mark an Arbeitslosenunterstützung ausgezahlt worden. Das ist die jährliche Summe, wie im Jahre vorher. Hinzu kommen die Unterstützungen für Umzug, für Gemahregelte, für besondere Notfälle und Neigeld. Unterstützungen, die mehr oder weniger in ihrer Höhe von der wirtschaftlichen Lage der Industrie beeinflusst werden und die gleichfalls gewaltige Summen ausmachen. Die Gewerkschaften müssen die Schutzkassette bilden für die Opfer eines wahnwitzigen kapitalistischen Produktionsprozesses.

Die Arbeiter schufen Reichtum auf Reichtum, stellten Waren in immer größeren Mengen her. Und nun kam der Ueberfluß an hergestellten Produkten, künstlich herbeigeführter Ueberfluß! Das hat die Arbeiterklasse verdammt, jetzt in der wirtschaftlichen Krise mehr noch als bisher zu entbehren und zu darben! Kann es etwas Wahnsinnigeres geben, als daß die Arbeiterklasse dann anfangen muß, den Hungerleiden enger zu schnallen, wenn sich Schuppen und Lager anhäufen mit Produkten aller Art. So ist es aber. Die Früchte der Arbeit häufen sich immer mehr und mehr an. Und immer mehr und mehr häufen sich aber auch die Sorgen in der Arbeiterklasse. Sie sah ersehen zuviel Kapital, zu großen Ueberfluß, zu gewaltigen Luxus. Aber nur für wenige. Sie selbst, die als die Schöpferin der Werte angesprochen werden muß, fristete jetztagen nur ihr nacktes Leben. Zuviel unbefriedigte Bedürfnisse, die aber gestillt werden müssen, soll das Leben für die Arbeiter überhaupt einen Wert haben. Nicht leben, um zu arbeiten! Nein, arbeiten um zu leben, wie Menschen leben müssen und wollen! So sollen wir unsern Grundsatz aufbauen.

Was die Kultur nützlich hervorbringt, sollte doch allen Menschen zugute kommen. Das gebietet die Vernunft. An den Tisch des Lebens sollen alle herantreten. Und nicht wie es heute ist. Nur wenige drängen sich heran, die weitaus meisten sitzt man zurück. Ihnen wird bedeutet, daß der Tisch des Lebens nicht für alle gedeckt ist. Für die Schöpfer der Früchte die Brosamen, die von den Tisch der Glücklichen abfallen. Ist das gerecht und menschlich? Und was das schlimmste ist. Wenn durch eine solche Ungerechtigkeit der Arbeiter des Reichtums und des Ueberflusses zuviel geschafft hat, dann heißt es! Mehr dich hinweg. Du hast keinen Anteil am Leben mehr! Die Arbeiterklasse sieht durch ihre Arbeit den gewaltigen Reichtum und den Ueberfluß an Warenmengen entstehen. Und weil nach Ansicht anderer zuviel geschaffen wurde, dann übernimmt man Hunderttausende, Millionen von Menschen dem Hunger, dem Elend und der Arbeitslosigkeit. Zuviel Ueberfluß an Waren und Produkten, darum hungern! Die Arbeiterklasse hat zuviel gearbeitet, über ihre Kraft und Gesundheit hinaus, darum stochen die Geschäfte, darum Arbeitslosigkeit mit all den entsetzlichen Folgen. Ist das nicht Wahnsinn?

Und schlimmer noch erginge es den Arbeitern, hätten sie nicht durch ihre Einrichtungen in den Gewerkschaften Rücksicht auf diese Produktionsumordnung genommen. Die fünf Millionen Mark, die die beiden obengenannten Verbände, die Millionen, die andere Arbeiterorganisationen für ihre arbeitslosen und hungernden Mitglieder ausgaben, sie haben gewiß viel Unglück gemildert und viel Schlimmes verhütet. Die Gewerkschaften sind es, die sich der Opfer annehmen, die ein gesättigtes Kapital auf Strahlenpflaster wirft. Die Gewerkschaften sind es, die den Anteil der Arbeiter an den geschaffenen Werten zu erhöhen suchen und es vielfach auch vollbringen. Das muß am 1. Mai ganz besonders den Arbeitern begreiflich gemacht werden. Aber das genügt noch nicht.

Es genügt nicht, wenn wir die Solidarität der Arbeiterklasse feiern. Nein, feiern wollen wir auch den Gedanken, daß die Arbeiterklasse schon längst den Kampf aufgenommen hat gegen das abschließliche Kulturumrecht, als daß sich die kapitalistische Produktionsform zeigt. Wir wollen helfen und arbeiten, damit wir einen Ueberfluß herbeiführen. Nicht Ueberfluß schaffen, dann entbehren. Nein, wir wollen schaffen, wie der Bedarf es gebietet. Der Einzelne soll sich nicht in ungerechtfertigter Weise erheben in allen seinen Bedürfnissen über Viele. Alle Menschen sollen sich ihres Lebens freuen und in ihrer Existenz jederzeit gesichert sein. Das ist gerecht, vernünftig und menschlich. Das ist Sozialismus, wie wir ihn verstehen und akzeptieren. Für ihn gilt unser Kampf mit. Und der Maienstrauß ist so recht dazu angetan, uns dieses Kampfes ganz zu erinnern. Ganz besonders dieser, der wieder in die Zeit wirtschaftlicher

Krisis fällt, die uns das Unglück offenbart, das der kapitalistischen Produktionsordnung sich an die Herzen heftet. Diese Krise wird die Gedanken der Arbeiter schärfen.

Aber der Kampf um die Zukunft darf uns die Gegenwartsforderungen nicht vergessen machen, gleichgültig, ob sie wirtschaftlicher oder politischer Natur sind. Wir dürfen uns nicht zufriedengeben, die Fällnisse am gegenwärtigen Gesellschaftskörper erkannt zu haben, wir dürfen uns auch nicht darauf beschränken, die Leiden, die uns der Kapitalismus auferlegt, zu lindern, wir müssen auch alles daran setzen, unseren Forderungen zur wirtschaftlichen und politischen Hebung der Arbeiterklasse Geltung zu verschaffen.

Manches hat die Arbeiterklasse erreicht, seitdem zum ersten Mal der 1. Mai als der Tag festgelegt wurde, um alle Jahre an diesem Tag für bestimmte Arbeiterforderungen durch das Mittel der Demonstration zu wirken.

Die Frage der Verkürzung der Arbeitszeit ist noch nicht endgültig gelöst. Aber es ist unverkennbar, daß bezgl. dieser ältesten Forderung mancher Fortschritt erzielt worden ist, was die Kraft der Arbeiterklasse für sich erwirkt. Der Beginn der Demonstrationen am 1. Mai für den Achtstundentag vor zwanzig Jahren hat gewiß viel Gutes für die Arbeiterklasse mit sich gebracht. Und es wird nicht gerührt werden, bis der Achtstundentag alle Arbeiter befreit.

Mit der Verkürzung der Arbeitszeit fordern wir besseren Lebens- und Gesundheitsschutz für die Arbeiter. Unsere Kämpfe als Bergarbeiter um besseren Arbeiterschutz brechen ja nicht ab, aber erneut und mächtig wollen wir sie am 1. Mai wieder erheben. Das fortgesetzt steigende Blutmeer im Bergbau, die entsetzlichen Katastrophen, wie sie hier vor sich gehen, zwingen uns dazu.

Mit unsern Arbeitsbrüdern wollen wir gemeinsam die Hindernisse beseitigen helfen, wie sie sich einem gründlichen und vernünftigen Arbeiterschutz entgegenstellen. Und als das stärkste Hindernis sehen wir die Parlamente an, in denen die Reaktion und die Arbeiterfeindschaft zu Hause ist. Diese möglichst bald aus den Parlamenten zu beseitigen, muß mit unsere Aufgabe sein. Darum schließen wir uns an dem Rufe nach einem besseren und gerechten Wahlrecht, das uns in die Lage versetzen soll, den Parlamenten unsern Willen aufzudrücken. Und wir wenden uns gegen die Parlamentarier, die der Arbeiterklasse nicht nur die Menschen- und Bürgerrechte vorenthalten; nein, auch von den Arbeitern obenrein noch verlangen, daß sie mit ihren Blutstropfen noch den kapitalistischen Staat erhalten. Die Steuer- und Zolllasten wälzt man auf die Schultern der Arbeiterklasse ab, während die besitzende Klasse sich zu drücken versteht, wenn es gilt zur Erhaltung des Staates beizutragen. Die Arbeiterklassen der ganzen Welt bedürfen nicht des Militarismus und des damit verbundenen Völkermordens. Der Kapitalismus bedarf ihrer. Er sollte darum auch die Lasten tragen, nicht das arbeitende Volk. Die Arbeiterklasse wehrt sich, für den Militarismus die schweren Opfer zu bringen, die dieses erheischt. Der Militarismus ist das Unglück der Völker. Ihn darum zu bekämpfen ist Menschenpflicht.

An alles dieses werden auch die klassenbewußten Bergarbeiter denken am Tage des ersten Mai. Und wo es ihnen möglich ist, werden sie mit den Arbeitern anderer Berufe sich an diesem Tage zu Demonstrationstunhebungen zusammenschließen, um laut und wirkungsvoll ihre Forderungen und Ziele zu bekunden.

## Der Jahresbericht des Bergarbeiterverbandes für 1907 und 1908.

Der Vorstand des Bergarbeiterverbandes legt der Generalversammlung zu Eisenach den Jahresbericht vor. Wie früher, so weist er im Bericht auch heute auf die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage des Bergbaues und der Bergarbeiter hin, wie auch viele andere Fragen berührt werden, die mit dem Bergbau in engem Zusammenhang stehen. Den breitesten Raum aber nehmen im Bericht die Darlegungen über die Verbandsentwicklung und Verbandsarbeiten selbst ein. Und hier gestellen sich zu dem Bericht des Gesamtverbandes die Berichte der Bezirksleiter. Wir entnehmen dem Jahresbericht folgendes: „Die beiden Berichtsjahre waren ruhige Jahre für unsern Verband“, so lesen wir. Wie muß es da erst in unruhigen Jahren zugehen? Freilich, wir Bergarbeiter meinen, wenn nicht Kleinkämpfe die Bergarbeiterschaft in lebhaftere Erregung bringen, dann haben wir ruhige Jahre! In Wirklichkeit war es so ruhig nicht. Große Kämpfe, wie die um die Knappheitsreform, die gegen die brutale Verfolgung der Bergarbeiter durch die Grubenbesitzer, die in der Anwendung der Schwarzen Listen am deutlichsten zum Ausdruck kam. Ferner sorgten die großen Grubenkatastrophen schon dafür, daß der Bergarbeiterverband nicht zum Atmen kam. Hinzu kamen die gefährlichen Unfälle aus dem „Grüßlichen“ Lager, deren Ueberlebende uns viel kostbare Zeit in Anspruch nahen. Also der Vorstand hat Unrecht in seinem Bericht mit dem Hinweis auf die „ruhigen Zeiten“. Doch das ist unsererseits kein Vorwurf. Wer die aufregenden Monate in den letzten zwei Jahren „ruhige Zeiten“ nennt, der zeigt, daß ihn schließlich auch die Stürme nicht überraschen. Und das ist gut so!

Im Bericht wird gesagt, daß die Entwicklung des Verbandes, durch die starke Fluktuation gehemmt wurde. Die alte Geschäftsstelle, mit der sich unsere kommende Generalversammlung wieder ernstlich beschäftigen muß, wenn auch nur schwache Hoffnungen vorhanden sind, die Fluktuation einigermaßen einzudämmen. Das verhindert schon der große Wechsel in den Belegschaften, die ewige Wanderung! Und hinzu kommt, daß es vielfach auch noch an der Organisation der Verwaltung des Verbandes in den einzelnen Orten selbst fehlt, wozu der Belegschaftswechsel zum Teil auch wieder mit beiträgt. Welchen Einfluß die wirtschaftliche Hochkonjunktur und die darauf gefolgte wirtschaftliche Depression auf den Mitgliederstand beiträgt, das zu untersuchen, wird uns jetzt zu abgeschlossenen und einwandsfreien Urteilen noch nicht führen können. In der Entwicklung des Verbandes in den beiden letzten Jahren stützen wir auf ein ziemlich gleiches Bild. In beiden Jahren haben wir so ziemlich die gleichen Fortschritte gemacht, wie die Klassenentwicklung nachweist. Und doch war das eine Jahr das Jahr der Hochkonjunktur, das andere ein Jahr der wirtschaftlichen Depression.

Die Zahl der Mitglieder betrug 1906 110.247, 1907 111.476 und 1908 waren es 112.513 Mitglieder. Das ist das äußerliche

Bild. In Wirklichkeit nahmen wir 1907 gegen 1906 für mehr als 4000 Mitglieder mehr Beiträge ein und im Jahre 1908 für rund 5000 Mitglieder mehr als im Jahre 1907. Wenn trotzdem der Verband nur einen geringen Zuwachs registrierte, dann geschah es unter Ausmerzung einer großen Anzahl Restanten. In den kommenden Jahren dürften wir den vollen Mitgliederzuwachs mitteilen lassen, da das Restantenwesen leider völlig nicht verschwinden wird. Im Ruhrbecken hat der Verband rund 80.000 Mitglieder organisiert, das sind 25 Proz. der Gesamtbelegschaft in sämtlichen vorhandenen Verbänden dürften im Ruhrbecken etwa 120.000 Mann organisiert sein und zwar handelt es sich um den Kern der Bergarbeiterschaft. Der Organisation weniger empfänglich sind die Jugendlichen wie die Tagesarbeiter, die aber zu vielen Behtausenden zählen. Ähnlich ist, sehen wir von Schlesien und einigen anderen Bezirken ab, das Verhältnis in einer ganzen Anzahl anderer Reviere. In Schlesien steht es mit der Organisation der Bergarbeiter am schlimmsten aus. An Arbeit, die unorganisierten Bergarbeiter zu gewinnen, fehlt es nicht, das gilt für überall.

Der Bericht erinnert daran, daß in diesem Jahr der Bergarbeiterverband sein zwanzigjähriges Jubiläum feiern kann. Am 18. August 1889 wurde der Bergarbeiterverband in Dorfeld gegründet. Unter welchen Verhältnissen der Verband auf diese Höhe, wie er jetzt steht, gebracht werden mußte, das anzumalen, war weder im Bericht möglich, noch ist das uns möglich an dieser Stelle. Heute kann der Verband kräftig und siegesfroh in die Zukunft ausschauen. Noch zwanzig Jahre und wir werden eine andere Sprache reden können, wie heute, denn was wir aufbauen, kommt der kommenden Zeit zugute. Heute müssen wir uns durch hunderterte Kämpfe noch durchwürgen. Der Kriegsschlag, der heute circa drei Millionen Mark beträgt, wächst fortgesetzt und es ist die Zeit nicht mehr fern, wo wir auf eigenen Füßen stehend den Wertbestreben zeigen können, daß wir im Arbeitsvertrage als gleichberechtigter Faktor uns durchzusetzen vermögen. Nur ausharren und weiter wirken für unsere Organisation! Das muß Aufgabe aller Verbändler sein!

In welcher Weise die Agitationsarbeit den Verband in Anspruch nahm, zeigen folgende Zahlen aus dem Berichte. Im Jahre 1907 wurden 1.656.000 Flugblätter, im Jahre 1908 sogar 2.445.450 Flugblätter verbreitet. Dabei sind eine Anzahl Flugblätter, die in den Außenbezirken hergestellt und verbreitet wurden, nicht einmal mitgezählt. Also an schriftlicher Agitation hat es der Verband nicht fehlen lassen. Ebenso steht es mit der mündlichen Agitation. Wir registrieren nur die vom Vorstande oder in Außenbezirken auch von den Bezirksleitern mit Referenten besetzten öffentlichen und Mitgliederversammlungen. Es wurden Referenten geschickt im Jahre 1906 in 1009, im Jahre 1907 in 1063, im Jahre 1908 in 1224 Versammlungen. Der Vorstand konnte aber trotzdem die Wünsche der Zahlstellen nach Referenten nicht gerecht werden, obwohl hin und wieder größere Agitationstouren mit eingelegt wurden. Um die heranwachsenden und schon vorhandenen Referenten besser auszubilden, hat der Bergarbeiterverband eine ganze Anzahl jüngerer und älterer Verbandsbeamten die Gewerkschaftsschule in Berlin, an der tüchtige Lehrkräfte lehren, besuchen lassen. Das wird auch in Zukunft so sein, vielleicht daß es uns auch möglich sein wird, noch in Arbeit stehende wissenschaftliche Kameraden mit zu den Ausbildungskursen heranzuziehen.

Immer größere Anforderungen werden an die Beamten und die im Vordertreffen stehenden Kameraden gestellt. Unsere Feinde wachsen. Auch sie schulen für sich die Kämpfer heran und da muß schon unsererseits auch dafür gesorgt werden, daß unsere Kameraden geistig nicht ins Hintertreffen gelangen. Aber auch die Bergarbeiter selbst bilden sich mehr und mehr und stellen auch ihrerseits nicht die geringsten Anforderungen an die Referenten. „Sendet uns einen tüchtigen Redner“. Das ist, was bei Versammlungsanforderungen dem Vorstand immer und immer wieder aus Herz gelegt wird. Immer größere Selbständigkeit wird von den Beamten in den einzelnen Ressorts verlangt. Wie an die Beamten auf der Zentrale, so in den Bezirken treten an die ehemaligen Bergarbeiter unzählige Aufgaben heran, die gelöst werden müssen. Wer da nicht mitkommt, zurückbleibt, dem wird bald klar, daß er in das Getriebe nicht hineinpaßt.

## Franz Behrens!

Es gibt in Deutschland genug Arbeiter, die sich einbilden, konservativ oder nationalliberal zu sein. Sollten wir aber solche Arbeiter finden, die aus innerer Ueberzeugung und aus voller Erkenntnis der Bestrebungen dieser Parteien heraus das konservative und nationalliberale Programm unterschreiben würden? Das müßte ja auch mit eigentümlichen Dingen zugehen, wenn sich ein Arbeiter in Zoll- und Steuerfragen für Entlastung der Zunker und der Großindustriellen und für Befreiung der Arbeiter begeisterte. Und wie müßte man einen Arbeiter nennen, der sich gegen jedes freie Wahlrecht sträubt und der für Zuchthausvorlagen und für mittelalterliche Gefindeordnungen schwärmt? Und der es als ein Ideal anerkennt, wenn das Kindvieh vor dem Pfluge von einem „Ochsen“ hinter dem Pfluge angetrieben wird. Ein Arbeiter, der dem Schönen und der Wissenschaft abhold ist, der der Volkserdummung, der schlechtesten Volksschulbildung möglichst langen Bestand wünscht. Ein Arbeiter, der ein möglichst geschmälertes Wahlrecht haben will oder auf dasselbe ganz verzichtet, der sich mit dem schlechtesten Arbeiterschutz zufrieden gibt. Und der froh ist, daß man ihm fortgesetzt Nasen dreht! Solche Arbeiter die das alles wünschen und erhoffen, sind gewiß rar, wären wert, als Karikatur in Spiritus aufgehoben zu werden. Nein, es dürften fast keine Arbeiter vorhanden sein, die aus innerer Ueberzeugung und aus der Erkenntnis der Dinge heraus sich als zielbewusste Konservative und Nationalliberale bezeichnen oder als Anhänger der beschriebenen Gruppen, die zwischen Konservatismus und Nationalliberalismus hin- und herpendeln.

Arbeiter können solchen Parteien nur aus Unkenntnis, aus Furcht oder aus ähnlichen Ursachen heraus nachhaken und stützen. Und doch darf nicht vergessen werden, daß es Arbeiter gibt, die sehr wohl die Programme und die Tätigkeit dieser Parteien kennen und sie verteidigen. Das sind aber gewöhnlich Vorkünder, deren Ueberzeugung man erhandeln kann, die wohlfeil sind für jeden, der ihnen etwas zu bieten vermag. Diese Leute sind der Arbeiterklasse

am gefährlichsten. Ihnen am nächsten stehen die Individuen, die nicht den Mut haben, die krisenbedingten Forderungen der Konföderation liberaler Parteien zu vertreten, die sich neben dem Programm dieser Parteien noch ein sog. „Arbeiterprogramm“ beigelegt haben und die glauben, auf der schlüpfrigen Bahn der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ fortzukommen zu können und die schließlich mit stolzem Bewußtsein verkünden, daß sie sich als die Vertreter und Abgeordneten „des ganzen deutschen Volkes“ fühlen, aber froh sind, wenn sie mit einem andern den Kaiser teilen und ihnen hier von ein Groschen bleibt. Das sind die politischen Bauernkinder und Kommodanten. Wie man's nimmt!

Ob wir in Franz Behrens einen der Lehteren suchen dürfen, mag der Leser zum Schluß dieses Kapitels selbst beurteilen. Wir hatten schon im ersten Artikel dargelegt, daß Behrens sich im Reichstag einer Parteigruppe angeschlossen, der es schwer fallen wird, die politische Weltanschauung nachzuweisen. Behrens konzentriert seine politischen Prinzipien erklärungen nach liberalistischer Weise unter der Firma „Christlich sozial“, trotz der bekannten Kaiserworte: „Christlich sozial ist Unsinn!“ Vielleicht eben deshalb!

Aber auch ohne die Verherrlichung des programmatischen Unsinns ist Behrens ein politisches Unikum. Er ist, wie wir schon ausführten, der eigentliche Kandidat der Zentrumspartei. Von Zentrumsnabern Abgeordneter für den Wahlkreis Weklar-Altenkirchen. Aber als Gewählter möchte er sich unter die Zunft, die man im und außerhalb des Reichstages als die sogenannten Blockstber bewundern darf. Der Block, der sich direkt im Gegensatz zum Zentrum bildet und dieses bis zum Erbarmen bekämpft. Als Blockstber mit schwarzem Anstrich — Franz Behrens! Haben wir ihn schon als eine solche Blockstbe in seinen Reden, wie sie unser erster Artikel über ihn enthält, bewundern können, mehr noch jetzt in der zurecht bremsendsten politischen Frage der Gegenwart, in der Frage der Reichsfinanzreform.

Wenn es sich bei Franz Behrens um einen Mann handelte, der sich nach festen politischen Grundsätzen sein Programm gebildet hätte, dann wäre es ein Leichtes für seine Whler im Weklar Kreise wie auch für andere Leute jederzeit zu wissen, wie er sich zu den großen Gesetzesvorlagen unserer Zeit stellte. Und man hätte nicht nötigt in die „Prinzipien erklärungen“ dieses Mannes einzudringen, wie in altrmlichen Zinschriften! Mit dem Erfolg, daß das Silbenspiel oft genug ungelöst bleibt wie er selbst, der immer lächelnde Abgeordnete. Nun, seine Whler haben den Versuch unternommen in den Abgeordneten einzudringen. Sie haben Franz Behrens befragt, wie er sich in der Frage der Reichsfinanzreform zu den einzelnen vorgeschlagenen Steuern stellt? Sehen wir zu, wie sich die Dinge zwischen dem Abgeordneten und seinen Wählern entwickelten und zwar wollen wir das an der Hand untenstehender Briefe versuchen darzustellen. Wie die Briefe ausweisen, sind es nicht einmal Arbeiter, die sich in den Steuerfragen an Franz Behrens wandten, es sind Mittelstnder, deren „Wohlergehen zu fördern“ die Wirtschaftliche Vereinigung ganz besonders sich angetan sein löst. Der erste Brief lautet:

„Herrn F. Behrens, Mitglied des Reichstages, Berlin.“

Die dem Brauereigewerbe drohenden Mehrbelastungen veranlassen uns nachstehende Zeilen an Sie zu richten. Zudem wir Ihr Bestreben anerkennen, die Bedürfnisse Ihrer Wahlkreisangehrigen kennen zu lernen und dieselben zu fördern, teilen wir Ihnen mit, daß die Brauereien in Stadt und Land Weklar Geschäfte geringfhigster Art sind und daß wir durch jegliche neue Steuerbelastung schwer getroffen und sogar in unserer Existenz gefährdet sein würden.

Der Gesamtschlag aller hiesigen Brauereien beträgt jetzt 30 000 Hektoliter p. a., wenn wir dem entgegenstellen, daß die Frankfurter Konkurrenz, Penningler usw. jglich einer 100 000 bis 200 000 und darüber hinaus Hekt. p. a. ausführen, wegen ihrer Größe unter bedeutend vorteilhafteren Bedingungen arbeiten und einen schmerzlichen Nachschub ergeben, so werden Sie die gefährdete Lage dieser Kleinbrauereien erkennen, wenn ihnen zu der vorhandenen schweren Steuerlast noch neue Steuerlasten auferlegt werden sollen. Sie wollen bedenken, daß wir noch obendrein die Steuer schon bei der Einnahme bar entrichten müssen, während wir selbst genötigt sind, das Bier mitunter den Brauereiauslagen unserer Abnehmer auf viele Monate hin zu kreditieren. Es würden durch eine neue Steuerlast auf das Bier außer uns selbst noch viele kleine und kleinste Existenzen, wie es viele Wirtschaften auf dem Lande sind, schwer getroffen.

Wer, wie Sie die Verhältnisse auf dem Lande kennt, der weiß, daß für den schwerarbeitenden Kleinbauern, den Berg- und Httensarbeiter die einzige Labial nach seinem mühevollen Tagewerk ein Glas Bier ist.

Dieses ihm zu nehmen, oder nur zu verschlechtern oder auch zu verteuern würde gegen jegliches soziale Empfinden sprechen und würde Wasser leiten auf die Mühlen der Sozialdemokratie.

Respekt Herr Abgeordneter, wir wissen, daß Sie es für Ihre Pflicht erachten, nicht nur für den Mittelstand, sondern mehr noch für den Bauern- und Arbeiterstand einzutreten. Hier in diesem Falle, in dem Angehörige dieser Stnde neu belastet werden sollen, hoffen wir auf Ihre tatkräftige Mithilfe, um diese Belastung abzumehren. Wir bitten Sie daher um Ihr freundliches Erscheinen in einer von uns im großen Saale des Schngengartens einuberufenen Volksversammlung, deren Termin nach Ihren Wünschen zu vereinbaren wäre.

Nicht nur Ihre Wählerschaft, sondern der ganze Kreis Weklar würde es mit Freude begrüssen, wenn Sie in dieser Versammlung erscheinen und Ihren, wie wir nicht irren, mittelstands-, bauern- und arbeitervriendlichen Standpunkt darlegen würden. Wir hoffen auf eine baldige Erfüllung unserer ergebenen Bitte und zeichnen

Hochachtungsvoll  
(Folgen Unterschriften.)“

Auf diesen Brief, der nicht nur den Konsumentenstandpunkt, sondern auch den Produzentenstandpunkt in der Biersteuerfrage hervorhebt, antwortete Franz Behrens:

„Reichstag, den 16. März 1909.“

Herrn Brauereibesitzer N. N., Weklar.

Von den Brauereien des Kreises Weklar erhielt ich am 11. März 1909 die Zuschrift in Angelegenheit der steuerlichen Mehrbelastung des Bieres.

Die in der Zuschrift ausgeführten Darlegungen sind mir sehr wertvoll und werde ich sie in zweckentsprechender Weise verwenden. Meine Stellungnahme zu der Frage der Biersteuer habe ich im Kreise Weklar dem Vorstand des Vereins für die wirtschaftliche Vereinigung in Rodheim dargelegt und auch in öffentlichen Versammlungen darüber gesprochen.

Ich werde einer Biersteuer nur zustimmen, wenn ich der Ueberzeugung bin, daß durch sie das Braugewerbe und der Wirtschaft nicht getroffen wird. Zweifellos ist, daß wir nach Lage der Verhältnisse nicht um eine Biersteuer herumkommen. Es ist im Reichstage eine sichere Mehrheit für.

Es ist deshalb zweckmsig, wenn die Interessenten, ich meine die Brauereien und Wirte, darnach trachten, die Abwlungsnotwendigkeit für sich zu stellen.

Wenn Sie mir in dieser Beziehung mit gutem Rat und Vorschlag dienen können, so bin ich Ihnen sehr herzlich dankbar. Sie wünschen gewiß die rasche Ablehnung jeglicher Mehrbelastung des Bieres, aber dann nennen Sie mir bitte dafür eine ergiebige Ersatzsteuer, gegen die mnder gewichtige Gründe geltend gemacht werden können als gegen eine Biersteuer. Wir sind hier im Reichstag für gute und durchführbare Ratschläge sehr dankbar.

Ich will in Sachen der Biersteuer gewiß aertun, was ich kann, um das Mittel- und Kleinbrauergewerbe zu fördern, aber eine bindende Erklärung ist erst dann möglich, wenn die Steuer vorlagen aus der

Zu einer Versammlung kann ich vor Ostern nicht kommen. Ich bitte Sie, geehrter Herr N. N., Ihren Herren Berufskollegen, soweit sie den Brief vom 10. März mitunterzeichnet haben, von diesem Schreiben Kenntnis zu geben.

Hochachtungsvoll  
Herr Franz Behrens, Mitglied des Reichstages.“

Den Brief muß man dreimal lesen, da der Abg. Franz Behrens in glnzendster Weise hier seine Naturveranlagung zeigt. Nur wenn er Behrens — die Ueberzeugung gewinnt, daß durch die Steuer das Braugewerbe und der Wirtschaft nicht getroffen wird, wird er für die Steuer stimmen. Aber Franz Behrens ist vorsichtig. Er ist gleichzeitig den Briefschreibern — wie er sich schon ausdrückt — nach Abwlungsnotwendigkeiten ungenig. Das Objekt hierfür aber sind die Arbeiter! Gelting es, auf die Arbeiter die Biersteuer abzuwählen, auf den so schwer arbeitenden Kleinbauern, den Berg- und Httensmann, dann wird Franz Behrens für die Biersteuer sein!!! Das und nichts anderes liest man schon aus seinem ersten Bericht heraus. Doch Franz ist weich. Er möchte etwa die Biersteuer schließlich noch fllen lassen, wenn ihm dafür andere ergiebige Ersatzsteuern genannt würden. Man ließ ihn nicht lange warten. Behrens erhielt auf seinen Wunsch hin folgendes Schreiben:

„Herrn Fr. Behrens, M. d. R. Berlin, Reichstag.“

Sehr geehrter Herr!  
In Ihrem Antwortschreiben an die Vertreter Weklar Brauereien haben Sie, wie wir erfahren haben, die Mitte geführt, es würden Ihnen geeignete Steuervorschläge gemacht werden, die anstelle der vorgeschlagenen Konsumsteuern zu setzen seien. Mit dieser Frage haben sich viele Geschftskreise und Handwerker des Kreises Weklar in letzter Zeit andauernd beschäftigt, von der Erwägung ausgehend, daß Handel und Gewerbe durch neue Abgaben auf Bier, Branntwein und Tabak erheblich belastet würden.

Diese Abgaben bedingen, daß die einzelnen Existenzen gleichmsig getroffen und darum je nach ihrer mehr oder minder glnzigen finanziellen Lage, höchst ungerecht belastet werden. Eine gerechte Belastung aller Staatsbürger nach seinem Einkommen, nach seinem Vermögen, kurzum nach seinem Beiträge zur Steuerleistung herangezogen wird! Der größte Teil der Handel- und Gewerbebetreibenden steht daher auf dem Standpunkt, daß eine Reichserbschaftsteuer — bzw. Nachlasssteuer und eine Reichsvermgenssteuer die gerechtesten Steuerarten wären!

Sie lassen sich nicht willkürlich abwählen und belasten je nach ihrer Gestalt und Wirkung tragfähige Schultern. Wir bitten Sie, für Einführung dieser Steuern zu wirken und uns gefälligst Nachricht geben zu wollen, welches Ihre geschtzte Meinung zu diesen unseren Vorschlägen ist. Wir erwarten in unseren Ansichten von Ihnen schon deswegen bestätigt zu werden, weil diese vorgeschlagenen Steuern doch gewiß auch für die Arbeiter den gangbarsten Ausweg darstellen. Als Vertreter der Arbeiterschaft werden Sie gewiß mit Freunden begreifen, daß auch in unseren Kreisen Ansichten vorhanden sind, die sich mit den Wünschen der Arbeiter in Steuerfragen decken.

In der Hoffnung, besonders bei Ihnen hinsichtlich der Interessen des sogenannten „kleinen Mannes“ Verständnis und Vertretung zu finden, zeichne

Mit aller Hochachtung  
(Folgen Namen.)“

Nun geriet Holland-Wehrens in Not! Handwerker und Bürger aus dem Mittelstand wies den Arbeiterführer auf die Erhebung von gerechten Steuern hin. Was dem Arbeiterführer doch schon langst selbst im Blut stecken sollte, darauf mußte er erst aufmerksam gemacht werden. Doch wer sich zu helfen weiß, ist Franz Behrens. Er schrieb:

„Reichstag, den 22. März 1909.“

Sehr geehrter Herr!

Ihren Brief vom 19. März 1909 in Sachen der Steuerreform erhielt ich und danke Ihnen verbindlich für den darin enthaltenen Vorschlag von Ersatzsteuern. Für die Finanzreform bin ich überhaupt nur zu haben, wie ich bereits in Versammlungen im Kreise Weklar ausgesprochen, wenn eine brauchbare Ersatzsteuer — und solche bringen Sie ja in Vorschlag — darin enthalten ist.

Tabak- und Branntwein-, Angelegen- und Kalksteu- und Gas- und Elektrizittssteuer sind bereits mit unserer Zustimmung zur Ablehnung gefallt. Als Abgeordneter bin ich laut Verfassung nicht spezieller Vertreter eines Standes, sondern Vertreter des Gesamtvolkes, also auch des Mittelstandes.

Hochachtungsvoll  
Franz Behrens,  
Mitglied des Reichstages.“

Wer diesen Brief durchliest, sollte meinen, Franz Behrens würde sich nun gegen jede indirekte Belastung des Arbeiter- und Mittelstandes wenden? Jubelnd verkündet er, daß mit unserer Zustimmung die Tabaksteuer schon gefallen ist!!! Zur Ablehnung gefallt! Ob Herr Franz Behrens wirklich Reichstagsabgeordneter nicht weiß, daß die Tabaksteuer bis jetzt noch nicht gefallen ist? Oder aber vermeint Behrens besser zu fahren, wenn er den Briefschreibern — wie man das so zu sagen pflegt — Sand in die Augen streut? Der Herr Abgeordnete hat sich damit aber auf einen sehr schlüpfrigen Weg begeben, auf dem er sehr aufpassen muß, wenn er ihn unter den Fuen behalten will. Denn es ist bekannt, daß Behrens in der Frage der Reichsfinanzreform sehr wohl für indirekte Steuern eintritt, u. a. auch für die Biersteuer! Freilich in seinem letzten Briefe schweigt sich Behrens hierüber wohlweislich aus. Aber Franz Behrens hat sich in einer Reihe von Versammlungen im Weklar Kreis für die Biersteuer erklärt! Im Reichstag sei eine sichere Mehrheit dafür und wir werden noch erleben, wie Behrens zu dieser Mehrheit gehören wird.

Am 21. Februar hat Behrens im Römischen Kaiser zu Weklar in einer Versammlung von Vertrauensmännern und Mitgliedern seiner Partei (in öffentlichen Versammlungen in Weklar selbst mag Behrens nicht auftreten) frank und frei erklärt, für die Biersteuer zu stimmen, dagegen sei die Nachlasssteuer Stellungnahme hat er in einer Rede in Rodheim um dieselbe Zeit herum noch dahin präzisiert, daß er „prinzipiell“ für direkte Reichs- einkommensteuer und Vermögenssteuer, „prinzipiell“ auch gegen alle indirekten Steuern sei. Aber nur „prinzipiell“. Denn als indirekten Steuern wurde, dann doch mit den Sozialdemokraten in diesem Sinne im Reichstag zu stimmen, setzte er dem ein kategorisches Nein! entgegen! Wofür Behrens im Prinzip ist, dafür ist er noch lange nicht in der Praxis! Das Prinzip ist ihm ein Rod, den man hinhngen kann, wo man will. Franz Behrens spielt mit „Prinzipien“ durch das Opernglas. Doch wir wünschen ihm we und unrecht tun, wenn man ihn fst für das, was er gesagt hat. Halten wir uns lieber an das, was er schreibt. Wer seine übrigen Briefe genau liest, der merkt sehr, was mit dem Vertreter des gesamten Volkes! Los ist und für seiner vollständigen Charakterisierung mag noch dienen, was er in einem Artikel über die Nachlasssteuer im „Reich“ schreibt (Wiedergegeben auch in der christlich sozialen Zeitschrift „Die Arbeit“). Da lesen wir gleich zu Anfang:

Es gibt auch in unseren Reichen im Lande nervöse Politiker, die sich durch das Geschrei der Sozialdemokraten und Freisinnigen und durch das nationale Getue (Phrasen) der Nationalliberalen, als sei die Nachlasssteuer in der Form der Regierungsvorlage eine gerechte Besteuerung der Besitz- und Wrtschaft! jagen lassen. Auch wenn uns solche nervöse Freunde noch so schon und entrüstete Briefe über unsere Stellung in der Steuerfrage in den Reichstag

senden und schließlich sogar hier und da mit einer Resolution aufwarten, so beweist das noch lange nicht, daß sie die politische Situation ruhig einschätzen oder die Notwendigkeit politischer Tatkraft erkennen. Mit der glatten Agitationsfrage, mit der die Sozialdemokraten als prinzipielle Meininger ihre Steuerpolitik im Lande machen, kommen wir in der praktischen Politik nicht weit. Jede einzelne Steuerfrage muß individuell behandelt werden.“

Es ist schädlich, wenn sich überhaupt noch Leute finden, die von Franz Behrens irgend welche Erklärungen über seine Stellungnahme zu dieser oder jener Frage der Gesetzgebung verlangen. Behrens betrachtet die Fragen von „individuellen Gesichtspunkten“ aus. Was jhert ihn die Meinung anderer, wenn sich seine ausgeprägte „Individualität“ für diese oder jene Sache erklärt. Er, der „Vertreter des gesamten deutschen Volkes“, jhert sich den Teufel um das deutsche Volk, wenn zu diesem seine „Individualität“ im Gegensatz steht.

Wer für die Nachlasssteuer ist, sie als eine gerechte Steuer ansieht, wird von Behrens zu den „nervösen Deutschen“ geworfen, die eine politische Situation nicht richtig einschätzen verstehen. Das letztere ist nur von Franz Behrens, dem politischen Kraftmenschen, möglich. Warum er in seinen Briefen noch nach guten Ratschlägen verlangt und schließlich für die Vorschläge (u. a. auch einen solchen die Nachlasssteuer betreffend) dankt, wäre uns unbestndlich, wenn wir Franz Behrens nicht kennen würden. So aber... Doch Franz Behrens ist in der Frage der Finanzreform nicht ohne „Grundsätze“. Er schreibt am Schluß seines Artikels:

„Für uns bleibt bei der jetzigen Finanzreform Grundlag: ohne ausreichende Besitzsteuer keine Finanzreform.“ Der mobile Kapitalist muß bluten. Schonung der schaffenden Arbeit in Stadt und Land. Wer ein rechtes Augenmaß für die Steuerfragen erhalten will, muß die Steuerpolitik ebenso wie die Zollpolitik vornehmlich vom Produzentenstandpunkt aus betrachten. Der Konsumentenstandpunkt, auch selbst bei den sogenannten Konsumsteuern, ist stets irreführend.“

Franz Behrens vermag sich nicht zu enthalten, den Lesern seines Artikels mitzuteilen, daß die Einführung von Besitzsteuern nur einen Teil der Reichsfinanzreform ausmachen. Die Reform führt bekanntlich zu mehr als 1/2 auf Erhöhung der Steuern für Konsumartikel, die die Masse des Volkes und zwar vornehmlich die ärmere Volksklasse belastet. Die Besitzsteuer soll nur so nebenbei mitgehen. Und da meinen wir, nicht wie Behrens, „ohne Besitzsteuern keine Finanzreform“, sondern: Keine Finanzreform, die in ungerechter Weise den schaffenden arbeitenden Stnden des deutschen Volkes durch ein indirektes Steuersystem geradezu das Mark aus dem Arber herauspret. Und geradezu das Mark aus dem Arber herauspret, die wer ein Volksfreund ist, der tritt ein für diejenigen Steuern, die Handwerker und Bürger des Weklar Kreises dem Behrens vorschlugen, wovon Behrens aber nur im „Prinzip“ etwas wissen will. In der Praxis erklärt er solche Leute mit wohlgemeinten und gerechten Vorschlägen für „nervöse Politiker“!

Das ist Franz Behrens, der Reichstagsabgeordnete für Weklar und der Generalsekretär des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter.

Wir wurden im „Reich“, einem Organ das Franz Behrens sehr nahe steht, gebeten, uns über diesen „christlich sozialen“ Abgeordneten und Arbeiterführer etwas näher auszusprechen. Wir sind dem Wunsche des Organs gern entgegengekommen, wenn auch nicht in dem Sinne, wie es wohl das „Reich“ erwartet hat.

Im übrigen heil Franz Behrens, der „Berle“ im Gewerbeverein christlicher Bergarbeiter!

Die Reichsversicherungsordnung.

Endlich ist nun die 1793 Paragraphen zählende neue Reichsversicherungsordnung erschienen. Sie behandelt in sechs Büchern: 1. die gemeinsamen Vorschriften, 2. die Krankenversicherung, 3. die Unfallversicherung, 4. die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, 5. die Beziehungen der Versicherungsstrger zu einander usw., 6. das Verfahren. Die einzelnen wünschen Verbesserungen bringt die Vorlage nun aber so erheblich in der Weise herab, so daß es mehr wie je für die Arbeiter ist, energisch gegen jedweden Eingriff in ihr Selbstverwaltungsrecht bei den Krankenkassen, sowie gegen die geplanten Verschlechterungen überhaupt Front zu machen. Gehen wir nun gleich zum ersten Buche,

Die gemeinsamen Vorschriften.

ber. Danach ist bestimmt, daß als Träger der Reichsversicherung in Betracht kommen: für die Krankenversicherung die Krankenkassen, für die Unfallversicherung die Berufsgenossenschaften und für die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung die Versicherungsanstalten. Soweit die Versicherungen als Arbeitervertreter in Betracht kommen, sollen diese Vertreter ihren Unternehmern jede Einberufung zu dem Organe des Versicherungsstrgers anzeigen. Ist diese Anzeige rechtzeitig erfolgt, so ist die Wahrung ihrer Obliegenheiten nicht als ein wichtiger Grund für die Ablehnung ihrer Klndigungsfrist berechtigt. Diese Bestimmung ohne Einhaltung einer Klndigungsfrist berechtigt die Unternehmer hat jedoch keine große Bedeutung, denn erstens können die Unternehmer schon, wie sie unbedenklich Arbeitervertreter los werden. Bei der Durchführung der Reichsversicherung sollen als besondere Vorkehrungen mitwirken: 1. die Versicherungsämter, 2. die Oberversicherungsmter, 3. das Reichs- resp. Landesversicherungsamt. Während bisher die Streitigkeiten aus der Unfall- und Invalidenversicherung den Schiedsgerichten für Arbeiterversicherung und dann dem Reichs- resp. Landesversicherungsamt unterbreitet wurden, soll dies auch in Zukunft für die Streitigkeiten aus der Krankenversicherung geschehen. Die Versicherungsämter werden für den Bezirk einer unteren Verwaltungsbezirke (Magistrat oder Landratsamt, Kreisamt usw.) die Oberversicherungsmter für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbezirke (Regierungsamt, Kreisoberhauptmannschaft usw.) errichtet. Weiden Instanzen steht ein beamtetes Vorstndes vor, als Beisitzer fungieren Arbeiter und Unternehmer in gleicher Zahl. Zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Krankenkassen und Ärzten (Arztkassen) oder Apothekern wird ein Schiedsamt (Schiedsamt) eingerichtet, zu dem die Ärzte und Apotheker ihre Vertreter wählen. Als letzte Instanz kommt das Reichs- resp. Landesversicherungsamt in Betracht, bei dem ebenfalls Arbeiter und Unternehmer als Beisitzer mitfungieren sollen. Die Wahl ihrer Arbeitervertreter regelt ein eben solches kompliziertes Wahlverfahren wie heute. — Ueber die ortsbulichen Frage ist die Vorlage nicht so eindeutig, wie eine wichtige Bestimmung. Sie würde enthalten, daß diese Sache noch eine wichtige Bestimmung. Sie würde enthalten, daß diese Sache noch eine wichtige Bestimmung. Sie würde enthalten, daß diese Sache noch eine wichtige Bestimmung.

Die Krankenversicherung.

ausgedehnt worden auf die Land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, auf die Dienstboten, auf Personen, die als Wirtschafter oder Beschäftigte beschäftigt werden, auf Gelehrten und Lehrende in Apotheken, auf Lehrer und Erziehler und die Hausgewerbetreibenden. Das Brgenpersonal sowie die Lehrer und Erziehler sind aber nur dann versicherungspflichtig, wenn ihr Jahresarbeitsverdienst für den 31. Dezember 1914, nicht übersteigt. Diese Bestimmung soll die Berufswahl, Betriebsbeamten und Lehrende. Ausdehnen kann der Bundesrat die Versicherungspflicht auf Gewerbetreibende, die nicht regelmäßig wchstens zwei Versicherungspflichtige beschäftigen. Die unfhigkeits- und Wanderarbeiter unterliegen später auch der Versicherungspflicht. Somit soll die heutige Bestimmung fallen, wonach eine in voraus bestimmte Beschäftigung von weniger wie eine Woche von der Versicherung ausgeschlossen bleibt. Die Leistungen der Krankenkassen werden auf den Krankengeld, Whneruntersttzung und Sterbegeld. Von einer Erhöhung der Minimalleistungen ist nirgends die Rede, nur die Whneruntersttzung ist von sechs auf vier Wochen ausgedehnt. Die Leistungen sind zum durchschnittlichen Verdienste hat man natürlich, beizubehalten. Beim Ausscheiden aus der Beschäftigung haben die Versicherten —

Die vorher drei Wochen ununterbrochen Mitglied einer Krankenkasse waren...

Bei der Unfallversicherung, die im dritten Buche behandelt wird, ist die Versicherungspflicht...

Zu vierter Buche wird die Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung...

Die Beziehungen der Versicherungssträger zu einander usw. Die Bestimmungen über die Unterstützung der Verletzten...

Als Instanzen zur Regelung von Streitigkeiten kommen in Zukunft in Betracht das Versicherungsamt...

Unfallfällen in Zukunft das Revisionsverfahren ganz und gar weg...

In Sachen der Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung: Wenn es sich handelt um die Dauer einer vorläufiglich vorübergehenden Erwerbsunfähigkeit...

So sieht die vorgeschlagene Sozialreform aus, die mehr Verschlechterungen als Verbesserungen bringen soll.

Zur Generalversammlung des Bergarbeiter-Verbandes in Eisenach.

Ich komme hiermit dem Wunsche des Vorstandes, der die Meinung der Mitglieder über den vorliegenden Statutenentwurf hören will...

Nach meinem Dafürhalten ist diese Staffelform demokratischer, als wenn man es in das Belieben jedes einzelnen stellt...

Wer ein Jahr Mitglied ist und seine Beiträge voll bezahlt hat, erhält pro Tag in Klasse a 90 Pfg. in Klasse b 1,20 Mk. in Klasse c 1,50 Mk.

Begründend füge ich hinzu, daß das Unternehmertum heute zum größten Teil keine direkte Maßregelung mehr vornimmt...

Zu § 23, Sterbeunterstützung betreffend, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 24, Unterstützung der Verletzten, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 25, Unterstützung der Hinterbliebenen, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 26, Unterstützung der Witwen, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 27, Unterstützung der Kinder, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 28, Unterstützung der Kranken, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Zu § 29, Unterstützung der Verletzten, bitte ich die Generalversammlung, dieselbe nicht wie in dem Entwurf vorgeschlagen, zu erhöhen...

Auch dem § 17 kann ich nicht zustimmen. Sind schon die Unterstützungsätze nicht allzuhohe, so wird die lange Karenzzeit als recht unangenehm empfunden...

Besonders bedauerlich ist die Notunterstützung nicht wie jetzt 24 Wochen, sondern nur 13 Wochen zu zahlen und dafür die Krankenunterstützung von 2,40 Mk. in Klasse a auf 3,00 Mk. in Klasse b von 3,00 Mk. auf 4,20 Mk. und in Klasse c von 3,60 Mk. auf 4,80 Mk. zu erhöhen...

Table with 3 columns: in Klasse a, in Klasse b, in Klasse c. Rows show percentages for 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8 years.

Die Wünsche der Mitglieder betröflichen. Karl Guppe.

Volkswirtschaftliche Mundschau.

Der bekannte schweizerische Pfarrer und sozialdemokratische Abgeordnete Pflüger hat über Arbeitslosigkeit den folgenden Kataklysmus verfaßt: 1. Wer sind die Arbeitslosen?...

Zur Reform der Berginspektion.

Am Laufe der vergangenen Woche beschäftigten sich die Handelskammern Eisen, Bodmin, Dornmund, Eisenberg, Eisenfeld, Wilmheim (Hahn), Oberhausen, Mühlent. u. S., Lamsfeld und West in gemeinsamer Sitzung mit der neuen Berggesetzkommission...

Die Einrichtung würde vorbildlich werden für alle weiteren in Bergbau das Verhältnis zwischen Arbeitgeber und Arbeiter derart grundrichtig veränderte, wie es in der Novelle geschehen sei...

So die Herrschaften von den Handelskammern. Zum größten Teil verstehen sie ja vom Bergbau nichts, kennen das Leben auch nur von der Sonnenseite...

Eigentümlicher Weise sprach man nichts von Ministerfragen, auch den Träger der Krone scheint man nicht mit Hohn und Heiterkeit bedacht zu haben...

Soziale Rechtspflege und Arbeiter-Versicherung.

Am 28. Mai 1907 faßte die Landwirtschaftliche Vereinigung eine Resolution für das Rheinland eine Resolution, in der gefordert wurde, die Renten bis zu 20 Prozent der Vollrente in Regula formen zu lassen...

Reinigen der Bauernvereine, also von sehr frommen Zentrum...

Die Bauernvereine, also von sehr frommen Zentrum... (Continuation of the article)

Nachrichten aus der Montanindustrie.

Rirdorf über die gegenwärtige Lage. Der Geheim-Kommerzienrat Emil Rirdorf, der Generaldirektor...

Nicht immer tief später ein, was Herr Rirdorf prophezeit. Aber wir hatten dann vielfach Rirdorf mit der Syndikatspolitik zu identifizieren...

Staatliche Produktionsregelung.

Die dem Kalifornien angehörenden Werke klagen bitter über die Konkurrenz der dem Syndikat nicht angehörenden Werke...

Aus der deutschen Arbeiterbewegung.

Eine Kolke Organisation.

Der deutsche Metallarbeiterverband zählte im Jahre 1908 262 078 Mitglieder...

Table with 3 columns: Item, 1908, 1907. Items include: Kassegeld, Unglücksunterstützung, Rentenunterstützung, etc.

Das Vermögen ist infolge der durch die Krise bedingten hohen Ausgaben nicht gewachsen, es ist sogar gefallen und betrug am Jahres-

Anapyschastliches.

Die Generalversammlung der Krankenkasse des Oideauer Obechendorfer Steinkohlenbauvereins (Wilhelmshütte) tagte am Sonntag, den 28. März...

Mißstände auf den Gruben.

Oberbergamtsbezirk Dortmund.

Auf Jede Amalita werden die Löhne schon seit längerer Zeit systematisch reduziert. Es wird meistens vor sämtlichen Arbeitern...

Gewerkschaft Deutscher Kaiser (Schacht III).

nahm ein Arbeiter dieses Schachtes sich einen Kurzein, um sich wegen seiner schlechten Augen in ärztliche Behandlung zu begeben. Der Arzt...

Zeche Eintracht Tiefbau, Schacht I.

Am 10. und 13. April wurden hier 110,80 M. an Strafen verhängt. Besonders zeichnet sich darin der Steiger M. aus, der für jede Kleinigkeit...

Böhmischer Ausgaben, zugleich aber auch die Eintragung des Abschlags...

Zeche West-Gladbeck, Märschstraße I und II. Im Revier VI des Steigers A. führt hier auch der Fahrschauer J. R. das Kommando...

Zeche Mont Genis, Schacht I. Zu der Verichtigung dieser Sache, in Nr. 14 der Bergarbeiter-Zeitung unter Sodingen, hätten viele Folgen...

Zeche Pluto (Schacht Thies). Ein sehr scharfes Regiment führt die Betriebsleitung auf genanntem Plätt. Für das kleinste Vergehen...

Hannover, Braunschweig, Hessen-Nassau.

Zeche Sachsen-Weimar bei Unterbreitbach. Zwei Kameraden sind hier schon in schlechten Wettern erkrankt, aber die Verwaltung macht...

Königreich Sachsen.

Bräunenberg-Schacht III. Die Arbeitsverhältnisse auf genanntem Werke verschlechterten sich. Auf Flöz 5 herrscht durchgängig eine Temperatur...

**Geithain.** Grabezu jammervolle Lohn- und Arbeitsverhältnisse herrschen in den hiesigen Kalkgruben; die Stundenlöhne betragen 21 bis 26 Pfg. pro Stunde. Dabei sind die Arbeiter aber noch vom Wetter abhängig, so daß es namentlich im Winter häufig vorkommt, daß sie mit Wochenslöhnen von 7 bis 8 Mk. nach Hause gehen müssen. Die Unternehmer schämen sich natürlich nicht, solche Jammerlöhne auszusprechen und sie fragen auch nicht danach, wie der Arbeiter mit seiner Familie damit auskommen soll. Es ist daher auch kein Wunder, wenn Krankheit und Stechzeit bei diesen Arbeitern frühzeitig einkehren. Über was sich das die Unternehmer an. Um die Löhne auf ein noch tieferes Niveau zu drücken, werden alljährlich tausende ausländische Arbeiter herangezogen, die natürlich aller Mittel entbehren hier ankommen und sich infolge dessen als Lohnrücker mißbrauchen lassen müssen. Die Unternehmer behaupten nun zwar, daß sie, besonders im Sommer, auf die ausländischen Arbeiter angewiesen seien, weil die einheimischen Arbeiter dann die Kalkgruben verlassen, um sich lohnendere Beschäftigung zu suchen. Doch dieser Einwand ist nicht stichhaltig. Würden die Unternehmer Löhne zahlen, die zum Leben ausreichen, könnten sie einheimische Arbeiter, auch im Sommer, in Fülle und Gülle haben. Die Geithainer Arbeiter sind nicht so anspruchsvoll, sie würden sich schon mit dem gewiß äußerst bescheidenen Lohn von 80 Pfg. pro Stunde begnügen. In Wirklichkeit glauben die Unternehmer in den absolut beherrschten, der deutschen Sprache meist nicht mächtigen Russen, Polen, Ruthenen usw. billige und willige Ausbeutungsobjekte zu erblicken. Das ist die Triebfeder ihres Handelns. Die ausländischen Arbeiter haben die Unternehmer meist in Baracken untergebracht, in denen es schauerhaft aussieht. Es herrscht dort ein außerordentliches Schmutz, Behälter zur Aufbewahrung von Lebensmitteln und dergl. sind nicht vorhanden. Früher sah es in den alten Baracken noch scheußlicher aus. Durch die Kritik in der Arbeiterpresse haben sich die Unternehmer genötigt, neue Baracken bauen zu lassen. Im Sommer aber, wenn die Zahl der Ausländer groß ist, ist darin nicht Platz genug und sie werden in die alten Baracken einquartiert. Für besseres Trinkwasser hat ebenfalls gefordert werden müssen, doch fehlt es an ausreichender Wassermenge. Den ausländischen Arbeitern sind bei der Anwerbung natürlich goldene Berge versprochen worden, aber auf Erfüllung warten sie vergeblich. Das Messelgeld, welches die Unternehmer angelegt haben, wird den Arbeitern in wöchentlichen Raten vom Lohn abgezogen, bezugnehmend ein Betrag für Kautions, sowie 20 Pfg. für Wohnung der Schlafstätten. In der einbehaltenden Kautions wollen sich die Unternehmer schamlos halten, wenn sich die Arbeiter nicht als absolut willfährige Ausbeutungsobjekte erweisen sollten. So haben sich im vorigen Herbst russische Arbeiter bitter über die Firma G. beklagt. Die Leute erzählten, daß ihnen die einbehaltene Kautions und außerdem der Lohn für den letzten Arbeitstag einbehalten wurde, weil sie ihr Arbeitsverhältnis selbst gelöst hätten (wahrscheinlich vor der Kontraktlich vereinbarten Zeit). So etwas darf man allerdings einem organisierten, einheimischen Arbeiter nicht bieten und darum sucht man diese mißglücklich fernzuhalten. So sind hiesige Arbeiter, welche um Arbeit nachfragten, auf später vertehrt worden. Außerdem haben die Firmen untereinander vereinbart, daß Arbeiter, die bei der einen Firma aufhören, bei der anderen nicht eingestellt werden. So sind sich die Herren in ihren Profitinteressen einig. In den einheimischen Arbeitern besonders aber wird es liegen, hier Fesseln zu schlagen, damit auch bei den ausländischen Arbeitern der Organisationsgedanke Eingang findet. Nur dadurch ist es möglich, die Verhältnisse besser zu gestalten.

**Oberbergamtsbezirk Breslau.**

**Grube Charlotte bei Czernig.** Hier sind im Januar und Februar acht und im Monat März zwölf Mitglieder unseres Verbandes gemeldet worden, weil die verschiedenen Mißstände, die dort herrschen, in unserer Zeitung kritisiert und der Bergpolizei gemeldet wurden. Statt nun für Ordnung im Betrieb zu sorgen, wird alles daran gesetzt, um viel Kohlen zu fördern. Die Verwaltung mag denken, jetzt haben wir die „roten“ Brüder hinaus, welche die Berichte über die Mißstände in die Zeitung brachten und können ruhig für den Profit sorgen. Auf der 185-Meter-Sohle des Karischachtens ist die Fahrstrecke nach dem Leonorenschacht nur mit sehr großer Mühe und Lebensgefahr zu passieren. Die Strecke ist sehr niedrig, an vielen Stellen steht das Wasser bis drei Zoll hoch und die meiste Zeit liegen Säulen, über welche die Leute klettern müssen. Es kommt vor, daß bis fünf Köpfe niedergebroschen sind, trotzdem müssen die Leute diese lebensgefährlichen Stellen passieren, weil kein anderer Weg vorhanden ist, um zur Arbeitsstelle zu gelangen. In vielen Betriebspunkten fehlt es an Weiterzug. Holzmangel ist an der Tagesordnung. Die Selbstfahrzeit steht auf der Tafel, eingehalten wird sie aber nicht, besonders bei der Nachtschicht. Die Verwaltung beweist ihre „Sparsamkeit“ damit, daß sie den Arbeitern den Lohn drei Tage vorenthält. Es ist in Oberschlesien üblich, am 15. jeden Monats, und wenn der 15. auf einen Sonntag fällt, am 14. den Lohn auszuzahlen. Das tut aber Charlotte nicht. Diese gibt nicht einen Tag früher, sondern lieber drei Tage später das Geld heraus. Der Vergmann mag Schulden machen oder, wenn er nichts geborgt bekommt, Hunger leiden. Die Verwaltung spürt nichts davon.

**Wenzelsgrube.** In der dritten Abteilung beim Steiger Meichner können die Arbeiter nicht mehr genug arbeiten. Halbe Schichten will man schreiben, wenn die Faulenzerei so weiter geht. Um zu zeigen, wie tüchtig man arbeiten kann, hat er sich schon herbeigelassen, mitzuarbeiten. Ob dadurch mehr Arbeit fertig werden soll, wissen wir nicht, wir glauben aber das Gegenteil. Damit sich die Arbeiter die Stiefel nicht beschmutzen, will dieser Herr ihnen jetzt Bescheinigungen auf Lieferung von Teppichen ausstellen. Diese „Bescheinigungen“ verlangen die Arbeiter gar nicht, was sie wünschen, ist mehr Ordnung in den Strecken und sonstigen Dertlichkeiten, damit es nicht mehr notwendig ist, im Schlamm und Dreck die ganze Schicht herumzuwaten. Das Protesten möchte man den Kumpels auch am liebsten ganz verbieten. Während der kalten Jahreszeit war auf dem Kurtschacht wegen Vereisung die Selbstfahrt verboten. Man sollte nun meinen, daß dieses Verbot für alle Geltung haben müßte. Dieses ist aber nicht der Fall. Die Steiger, Aufsäher und Fahrhauer konnten die Selbstfahrt benutzen. Ob das weniger gefährlich ist, wenn solche Herren sich auf dem Fock befinden, wissen wir nicht. Die Wafschläue ist wohl da, aber mit dem Wascher hat es kein Bewenden. Manchmal acht Tage lang ist kein Wasser da, so daß die Kumpels mit Dred und Sped nach Hause gehen müssen.

**Süddeutschland und Reichslände.**

**Saar- und Moselgruben, Schacht IV und V. Sechs Tote** haben wir hier in verhältnismäßig kurzer Zeit zu verzeichnen gehabt. Die Kreiberlei, das Jagen nach Kohlen wird immer schlimmer. Es ist das kein Wunder, da der Direktor Vogelgang doch sogar entlassen wurde, weil er sein „Soll“ nicht fördern konnte. Die Löhne sind sehr niedrig. Nach uns vorliegenden Lohnbüchern wurde gezahlt auf 29 Schichten 72,85 Mk., auf 24 Schichten 84,80 Mk., auf 26 Schichten 89,70 Mk., auf 18 Schichten 61,90 Mk. An Holz wird auch recht viel gespart, so daß es vielfach fehlt. Durch die Unpünktlichkeit bei der Selbstfahrt wird den Arbeitern die Schicht über das gesetzlich zulässige Maß hinaus verlängert. Bestraft wird für jede Kleinigkeit. Uns liegen Lohnbücher vor, die 6 bis 30 Mk. Strafe enthalten.

**Aus dem Kreise der Kameraden. Oberbergamtsbezirk Dortmund.**

**Freiheit!**  
Es war vorauszu sehen, daß der „Bergknappe“ gleichfalls das Zirkular gegen Polorny veröffentlichte. Er bringt es in letzter Nummer zum Ausdruck und bringt anhängend folgende Bemerkungen dazu, die wohl nicht mehr übertroffen werden können:  
„Das Blatt (Zirkular) ist, säuberlich mit einem Umschlag versehen, teils durch die Post, teils durch Personen verbreitet und auch vielfach unseren Mitgliedern und Beamten zugestellt worden. Uns sind aus den verschiedensten Orten derartige Blätter zugesandt. Sie sind meist auf gutem Papier sauber gedruckt. Die von uns angestellten Ermittlungen ergeben, daß das Blatt wohl nur aus Verbandskreisen stammt. Im alten Verbands scheint eine gewaltige Mißbilligung gegen Polorny zu herrschen. Ganz begrifflich. Ansehend hat das von Verbandsführern vor der Knappschichtwahl 1904 mit dem 30 000-Mark-Flugblatt gegebene Beispiel so gut gewirkt, daß jetzt den Verbandsführern auch schon auf diese Weise zu Leibe gerückt wird. — Die „Bergarbeiter-Zeitung“ behauptet, das Blatt sei vom Gewerbeverein verbreitet. Ausdrücklich betonen wir,

daß das nicht der Fall ist. Wir ersuchen unsere Mitglieder, das Blättchen nicht gegen den Verband zu benutzen. Selbst wenn solche Tatsachen vorliegen, wie sie das Blatt gegen Polorny aufzählt, soll man sie gegen Wegner nicht in dieser Weise benutzen. Als gute Gewerkschaftler führen wir keinen persönlichen Kampf. Wenn die Verbandsmitglieder mit dem Chef ihrer „Bergarbeiter-Zeitung“ nicht zufrieden sind, so mögen sie das unter sich ausmachen.“

Aus den Bemerkungen soll jeder herauslesen, daß nicht Gewerksvereiner, sondern Verbändler die Verbreiter sind. Unterschrieben war das Zirkular mit „Ein früherer Altverbändler“. Das Gewerksvereinsorgan meint nun gut zu tun, festzustellen, daß Verbändler mit Polorny unzufrieden sind und glaubt das mit der 30 000-Mark-Affäre zu decken. Wir stellen fest, daß das Zirkular gegen Polorny schon vorher verbreitet wurde, noch ehe sich die Presse mit der 30 000-Mark-Geschichte, die den „Christlichen“ noch manche Täuschung bringen wird, befaßte. Der „Bergknappe“ hat sich mit seinen Schwindeln da in der eigenen Schlinge gefangen. „Als gute Gewerkschaftler führen wir keinen persönlichen Kampf.“ So schreibt das „christliche“ Organ. Um nun dem „Bergknappen“ ein für allemal in dieser Angelegenheit das Abgemauert zu stopfen, stellen wir weiter fest, daß der Verbreiter des Zirkulars für Buer und Ungegend der christliche Bezirksleiter Peter Spitzel aus Beckhausen bei Buer ist! Nun, „Bergknappe“, hast du das Wort!

Im Übrigen werden wir noch einige andere Verbreiter abfangen und zeigen, zu welchen Infamien christliche Gewerkschaftsführer fähig sind, wenn es gilt, die persönliche Ehre ihrer Gegner zu beschmutzen. Freilich ist es nicht angenehm, dabei ertappt zu werden.

Warum gerade jetzt das Kräftetreiben gegen die Verbandsführer beginnt, ist ja nicht schwer zu erraten. In erster Linie ist es die famose falsche Jahresabrechnung des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter, die möglichst schnell in Vergessenheit geraten soll. Daß das nicht geschehen wird, dafür werden wir schon Sorge tragen.

Mit uns sind sich alle vernünftigen Menschen klar, daß eine solche Abrechnung in freien Verbänden zur Folge hätte, daß die ganzen Leitungen zum Teufel gelacht würden. Im Gewerbeverein kann man sich schon etwas erlauben, wie die Abrechnung selbst beweist und die obigen Unsaftungen über das Zirkular. Unser Freund Kauffisch aus dem Zwisdauer Neulohr schreibt uns unter Hinweis auf die christliche Kampfesweise: „Ich bin neugierig, wie lange die christliche Kirche sich den Mißbrauch ihres Namens noch gefallen läßt?“ Ja, das wissen wir nicht! Aber eines wissen wir, daß infolge des Verhaltens christlicher Gewerkschaftsführer in der Arbeiterbewegung schon vielfach das Wort christlich zum Schimpfwort geworden ist. Man schämt in „christlichen“ Kreisen ja vor keiner Gebärmlichkeit und Verlogenheit zurück und mißbraucht die Lehre des Christentums derartig, daß das Christentum durch die Mänschen-Gladbacher Jüglinge immer mehr in Mißkredit geraten muß. Wahrheitsliebe predigte der Nazarener, Heuchelei, Niedertracht und Verleumdungssucht kennzeichnen viele derjenigen, die in M. Gladbach ihre Ausbildung als Arbeiterführer genossen haben. Das wird Polorny zum großen Leidwesen der M. Gladbacher „Christen“ solange in der Bergarbeiterbewegung zum Ausdruck bringen, solange im christlichen Lager derartige freche Infamien Platz greifen können, wie in früherer und letzter Zeit.

**„Weiße Salbe“ oder Hungertänzer.**

Der Wert der vom Zentrumsgewerbeverein so „heiß“ begehrten „Sicherheitsmänner“ wird durch einen Bericht in der Nr. 85 der ultramontanen „Saar-Post“ vom 16. April über eine Grubenaußschußprüfung der Berginspektion V zu Sulzbach vom 30. März d. J. eigenartig illustriert. Es heißt da unter anderem:

„Anwesend waren von Seiten der königlichen Berginspektion Herr Werksdirektor Dr. Brunzel, die Berginspektoren Markhoff und Schwemant, die sämtlichen Grubenaußschußmänner, mit Ausnahme des erkrankten Mathias Hed. Schichtmeister Schmidt fungierte als Protokollführer... Ein Vertrauensmann fragte Johann (nach Erledigung der übrigen Tagesordnung D. N. d. „Bergarb.-Stg.“) den Herrn Werksdirektor, warum der Kamerad Rauber abgelegt worden sei. Wegen dieser Maßregelung sei in der Belegschaft eine gewaltige Erregung und er fühle sich verpflichtet, um Aufklärung zu bitten. Der Herr Werksdirektor erwiderte, daß er das ruhig sagen könne. Zudem habe Rauber ja auch ganz richtig in einer Versammlung die Gründe angegeben. Die Ablegung sei erfolgt wegen des Vorgehens Raubers bei der Vergewerksgerichts-wahl, dann wegen der Verharmlosung in Dudweiler (in welcher von den Bergleuten Stellung genommen wurde gegen das Vorgehen des Herrn Berginspektors Hess) und wegen der in der vorigen Sitzung besprochenen Kaffeekassen-Angelegenheit. Darauf erwiderte der betreffende Auschussmann folgendes: „Was Rauber getan hat, mußte er tun, dazu sind wir alle verpflichtet. Wir sind da, um die Interessen der Kameraden zu wahren. Wenn Rauber deswegen abgelegt wurde, dann können auch wir davon getroffen werden. Ich lege deshalb mein Amt nieder.“ Als die anderen Kollegen sich anschickten, einer nach dem andern dasselbe zu tun, sagte der Werksdirektor, sie sollten sich doch die Sache noch überlegen und schloß die Sitzung, nach ehe die sämtlichen Auschussmänner die beabsichtigte Erklärung einer Mandatsüberlegung abgeben konnten.“

Weil Rauber also kein Staatsbürgerrecht bei der Vergewerksgerichts-wahl usw. ausgeübt und seine Pflicht als Auschussmitglied getan hat, wurde er gemahnt, unbestimmt um den Protest der Arbeiter. Das rüchichtslose Eingeständnis dieser Tatsache hat die übrigen Arbeitsauschussmitglieder dann veranlaßt, ihr Mandat niederzulegen. In den Versammlungen in Hünnersfeld und Neuweller am 18. März, die sich mit der Maßregelung Raubers beschäftigten, sagte nach einem Bericht der „Saar-Post“ vom 19. März der saarabische „General“ des Zentrumsgewerbevereins Süßkes:

„Rauber braucht nicht zu hungern, da kauft sich Dr. Brunzel (Werksdirektor der Grube Sulzbach, der die Entlassung vornahm), wenn er das annehmen sollte. Was den einflussreichen Grubenkontrollleuten unter Umständen blühen könne, dafür liefert, gerade zur rechten Zeit, der Junk Rauber ein recht erbauliches Beispiel! Sollte der Minister die Ablegung Raubers nicht rückgängig machen, dann möge er die Suche zum Herzen der Arbeiter nur einstellen!“

Diese ganzen Proteste und Redereien aber nützen nichts, Rauber ist und bleibt gemahnt. Rauber hat die ihm gestellte Aufgabe verkannt. „Weiße Salbe“, Kullisse, Sündenbock soll der Sicherheitsmann sein, auf den man die Verantwortung abwälzt, wenn die Massengräber und Blutzahlen sich weiter bis ins Ungeheuerliche steigern. Mit zynischer Offenheit haben nach den Enthüllungen unserer „Bergarbeiter-Zeitung“ die Grubenherren dieses auf ihrer Geheimkonferenz am 6. Januar im Palais-Hotel in Berlin eingestanden. Der ehemalige Saargewaltige Hilger der 1903 die Sicherheitsmänner auf den fiskalischen Gruben im Saargebiet einführte, erklärte in der Geheimkonferenz in Berlin:

„Ich habe mich damals bereit erklärt, den Versuch in der Form zu machen, um es glimpflicher zu verhüten. Wenn man nun nach den Erfahrungen fragt, kann man sagen, daß die Arbeiterkontrollleure genau das gehalten haben, was wir uns von ihnen versprochen. Es sollte die ganze Sache meinem Willen nach weiße Salbe sein und es ist auch weiße Salbe geblieben. Wenn man aber glauben wollte, daß die Sicherheitsmänner in Saarbrücken irgendwie dazu beigetragen hätten, Unfälle zu verhüten, so ist das selbstverständlich ein Überglaube. Es hat sich herausgestellt, daß bei allen Befahrungen, die sie vorgenommen haben, stets mit verschwindenden Ausnahmen ins Fahrbuch eingeschrieben worden ist: „Alles in Ordnung befunden.“ Um Schlimmeres zu verhüten, hat Hilger sich also zur Einführung der Sicherheitsmänner bereit erklärt und sie sind seinem Wunsch gemäß „weiße Salbe“, d. h. etwas, was man einer alten Bauernfrau als Heilmittel in die Hand drückt, geblieben; sie haben stets alles in Ordnung befunden, d. h. befunden müssen, weil sie sich sonst dem Zorn und der Nachjust der Bergewaltigen aus-

setzten. Herr Oberbergat Dr. Wachler kennzeichnet die Rolle, welche den Sicherheitsmännern zugeacht ist, wie folgt:

„Meine Herren, diese Einführung der Kontrollleure wird ja eigentlich nicht als notwendig von der Regierung hingestellt, sondern es heißt immer nur: Gott, es habet ja gar nichts, es soll ja gewissermaßen für euch Bergwerksbesitzer nur ein Hüben sein, und die Einführung solcher Kontrollleure ist ja gewissermaßen eine Kullisse resp. eine Entlastung für eure Verantwortung.“

Der Wert der Sicherheitsmänner wird auch durch eine Verurteilung des Direktors der Bege Konsolidation des Herrn Wesslers 833 treffend illustriert. Der Herr hält nämlich die Sicherheitsmänner darum nicht für gefährlich, weil sie in Diensten der Bege bleiben. Der Steiger habe die Leute doch bezüglich des Lohnes stets in der Hand, und mit Geld sei vieles zu machen!

Mit Geld läßt sich vieles machen! Der Sicherheitsmann der immer alles in Ordnung findet, erhält gute, lohnende Arbeit, was es aber mit seiner Pflicht erst meint, wird nach der „Zeufelsinse!“ verbannt. In jedem Steigererpre gibt es doch eine „Zeufelsinse!“ d. h. einen Betriebspunkt, wo man auch den bod. beinigtsten mühe machen kann. Für die vom Zentrumsgewerbeverein mit so großer Inbrunst begehrten Sicherheitsmänner, eröffnen sich also, wenn sie ihre Pflicht im Interesse der Arbeiter tun wollen, sehr wenig anheimelnde Aussichten. Man wird ihnen den Brotkorb solange höher hängen, bis sie ausgehungert und müde sind. Wer den Posten eines Sicherheitsmannes übernimmt, muß sich vorher als Hungerkünstler ausbilden. Daß die Sicherheitsmänner des Zentrumsgewerbevereins aber keine Neigung haben, sich als Hungerkünstler durchs Leben zu schlagen, ergibt sich aus folgendem:

Auf den fiskalischen Mißlichkeiten in Gladbach sind die Sicherheitsmänner ebenfalls eingestrichelt. Sämtliche Kontrollleure sind christlich organisiert. Aber Mißstände haben sie auch noch nicht abzuhelfen vermocht, jedenfalls auch noch nicht verurteilt. Die Kontrollleure selbst kennen das Zwiedoch ihrer Tätigkeit und so haben zwei Mann sieben bis acht Monate ihre Tätigkeit ganz eingestellt. Auch dem Gewerbeverein muß das bekannt sein, denn der Obmann ist Vorsitzender der christlichen Zahlstelle in Gladbach.

Unser Zentrumsgewerbeverein! Was haben sie dich verbannt!

**Zur 30 000 Mk.-Affäre!**

Johann Spaniol erklärt eine Erklärung in der Zentrumspresse dahingehend, daß er weder das 30 000 Mk.-Flugblatt geschrieben, noch daß er mitgeteilt hat, daß von christlicher Seite ihm die Geschichte mit den 30 000 Mk. angetragen worden sei. Wir haben keine Veranlassung, von unserer Behauptung, daß beides doch der Fall ist, abzugehen. Spaniol hätte sehr gut getan, mit seiner Erklärung zurückzuhalten. Doch er ist alt genug, um zu wissen, was er tut. Wenn sich jemals die Geschichte vom Krug, der zu Wasser geht usw. wiederholen wird, dann bei Spaniol. Warten wir darum ruhig die Gerichtsverhandlung ab. Daselbe hätten wir auch dem „Bergknappen“ zu sagen. Dieser wiederholt seine wildesten Anrempelungen gegen Saage. Sie sind, nachdem wir schon in einem Artikel die Sachlage geklärt haben, nicht wert, daß man weiter Papier mit ihnen verweudet. Nur eins wollen wir zur Charakterisierung der Zentrumspresse noch feststellen. Der „Bergknappe“ beschäftigt sich auch mit unserem alten Kameraden Schröder und veröffentlicht von ihm einen Brief an den früheren Verbandsältesten Schulte in Wredene bei Essen. In diesem Briefe wird auf die frühere Kampfesweise der Christlichen hingewiesen und zwar in recht drastischem Bergmannsdeutsch. Der „Bergknappe“ bruch auch diesen Brief wörtlich ab, die Zentrumspresse gleichfalls.

Nur hängt die letzte noch ein Extraktwänzchen an. So lesen wir u. a. in der „Germania“ und „Kölnischen Volkszeitung“: „Also auch Schröder rebete dreist von einem „Schurkenreich der Christlichen“, obwohl dem Verbandsvorstand die sozialdemokratische Herkunft des Flugblattes bekannt war.“ Was der Brief Schröders mit dem Flugblatt zu tun hat, dürfte ewig ein Rätsel bleiben. Schröder weist auf die schuftigen Streiche der Christlichen hin — das ist richtig — und zwar in einem Briefe an Schulte, vom 9. August 1904 datiert. Vier Wochen später erst verfaßte Spaniol das 30 000 Mark Flugblatt. Dennoch schloß man Schröder in die Schube, gewußt zu haben, was vier Wochen später erst erforschen wurde!!! Nun, auf einen Schwindel mehr kann es der Zentrumspresse ja nicht mehr ankommen. Sie muß ja wissen, was sie ihren Lesern vorsetzen darf. Ehe wir die Polemik vorläufig schließen, wollen wir uns noch gegen eine Darstellung wenden, wie sie die „Sozial- und wirtschaftliche Korrespondenz“ in der Presse verbreitet. In einer Notiz beschäftigt sich diese Korrespondenz mit der Auseinandersetzung zwischen Gewerbeverein und Verband und es wird Hinweisend auf unseren Leitartikel in der letzten „Bergarbeiter-Zeitung“ u. a. gesagt:

„Angelicht profanen die Siebe auf „die literarischen Wegelagerer“, (so werden geschmackvoll die christlichen Führer genannt) und die Stilproben, welche der Verband aus christlichen Flugblättern und Agitationsreden wiedergibt, sind zwar charakteristisch, von einem Blatt, das auf Unstand hält, aber überhaupt nicht nachzudrucken.“

Das heißt wohl mit trockenen Worten: Ein anständiges Blatt muß sich ausbilden lassen, ohne daß es sich wehren darf. Nein, so etwas gibt es nicht. Wer her kommt und so verfährt, wie es der „Bergknappe“ in letzter Zeit getan hat, für den muß die Peitsche von der Wand geholt werden. Wir mühten zeigen, welche Leute es sind, die sich über die 30 000 Mk. aufregen. Wenn die oben genannte „Korrespondenz“ die Daten bezog, die Kampfesweise der Christlichen gegen den Verband für so charakteristisch hält, daß ein anständiges Blatt diese christlichen Handlungen nicht einmal nachdrucken soll, so mag sich der Gewerbeverein mit der „Korrespondenz“ abfinden. Wir haben lediglich nur die Tatsachen konstatiert, wie wir von den Christlichen bekämpft wurden. Und das ist unser gutes Recht. Kein — auch noch so anständiges — Blatt wird sich dieses Recht nehmen lassen. Wenn die Kampfesweise der Christlichen zum Himmel hinaufstinkt, wir sind doch nicht daran Schuld. Wir wehren uns, halten es aber für sehr charakteristisch, daß von dritter Seite aus die christlichen Methoden so eingeschätzt werden wie oben. „Ein anständiges Blatt kann die Kampfesweise der Christlichen nicht wiedergeben!“, O weh, welche Note wird da den M. Gladbachern ausgestellt. Nun, sie haben es ehlich verdient!

**Rechenzulis.**

Ein Beweis, wie recht wir haben, wenn wir den christlichen Gewerbeverein als Begehengewerbeverein bezeichnen, beweist uns der „Bergknappe“ in seiner Nummer vom 17. April. Unter der Ueberschrift Beiträge zum Kapitel: „Sozialdemokratische „Friedensliebe“ bringt der „Bergknappe“ einen Bericht über eine öffentliche Bergarbeiterversammlung, die am 28. Februar in Jern unsererzeit einberufen worden war. Ueber die hübsigen Bemerkungen dieses Bergknappenartikels über die Versammlung, wollen wir hinweggehen. Andererseits jedoch müssen wir zu dem Artikel Stellung nehmen, da er uns einen Beweis über die gewerkschaftliche Verumpfung des „christlichen“ Gewerbevereins gibt und wir mit vollem Recht von Rechenzulis reden können.

In dem Bergknappenartikel wird nämlich behauptet, daß in der fraglichen Versammlung in Jern ein Gewerbevereinsmitglied von der in Aussicht gestellten Redefreiheit Gebrauch machen wollte, jedoch von den Versammlungsteilnehmern ein „Glom“, „Kugust“ usw. tituliert worden sei, weil, wie der „Bergknappe“ behauptet, das Gewerbevereinsmitglied die „Wahrheit“ gesagt hätte! Was war nun die „Wahrheit“, die das Gewerbevereinsmitglied vorbrachte?

Kamerad Gernes kritisierte die Betriebsverwaltung der Bege Viktor III/IV. Diefelbe hatte nämlich unter Kontraktbruch der Bege mehrere Bergleute entlassen. Ferner war es vorgekommen, daß ein Beamter dieser Grube Kameraden mit dem Gummischlauch bearbeitet hatte. In diesen Umständen der Bege Viktor mußte berechnete Kritik geübt werden insbefondere deshalb, weil der Betriebsführer der Bege selbst in der Versammlung nebst dem Gummischlauchhelden war. In der Diskussion wurde wiederholt die Begeverwaltung aufgefordert, sich doch auf die Anlagen Gernes hin zu melden. Aber weder der Betriebsführer, noch der Gummischlauchheld meldeten sich. Da kam der Reiter in der Not, der als Gewerbevereinsmitglied vom „Bergknappen“ reklamierte „Kamerad“ Wadzong, ehemaliges Verbandsmitglied, hinausgeworfener Pfisch-Wunderlicher Gewerbevereinsbeamter und verteidigte die Begeverwaltung. Und wie? Wadzong beschimpfte die gesamten anwesenden Bergleute als Schnapskötze, Bummelanten usw. Ja, er scheute sich nicht zu sagen, daß die Bergarbeiter zweiteilige Kaffeeenten hätten, worin oben Kaffee und unten Schnaps wäre. Ferner behauptete Wadzong, der Betriebsführer hätte mit vollem Recht die Bergleute ohne Kündigung

entlassen und flüchten dann ein Versteck auf die Behördeverwaltung an... Was kann man denken, daß die Verfallensstellung... erregt über die Verfallensstellung... Wagner, der dafür sorgte, daß Wagner ausgeben konnte...

Die Anapptwahlstellenwahlen

- 188a Essen, Wahllokal: Wirtschaft Kasselberg, Mathiasstraße. Kandidat: Kamerad Robert Blech.
252b Gemeinde Datteln. Wahllokal: Gemeindegasthaus II in Hagen bei Datteln. Kandidat: Karl Friedrich August Veltjusch, Westinghosen.
208a Gemeinde Suderwich. Wahllokal: Wirtschaft Theodor Schäper, Suderwich, Sudewiderstraße. Kandidat: Kamerad Karl Schmappe, Sudewisch.
281a Gemeinde Altraden. Wahllokal: Wirtschaft Frau Witwe Walter's, Altraden, Wiltelshorweg. Kandidat: ?
301a Wühlheim. Wahllokal: Johann Kuhnvermann in Wühlheim-Zentrum. Kandidat: ?

Die Verfassung der einzelnen Wahlsprengel haben wir in unserer Nr. 12, nachmittags von 4-7 Uhr. Wahlberechtigt sind die volljährigen (21 Jahre alten) Mitglieder der Kranken- und Pensionisten, die sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wahlberechtigt sind auch die krankfeindlichen und teilweisen Mitglieder, die wegen Vollendung eines Dienstalters von 1000 Beitragswochen von der weiteren Zahlung der Pensionistenbeiträge befreit sind.

Als Wahllegitimation dient der Ausweis, den sich jeder Kamerad vom Betriebsführer der Zeche, wo er arbeitet, unentgeltlich holen muß. Die Schwarze Liste, datiert vom 28. März 1909, zählt immer noch mehr als 2800 Unschwarze. Trotzdem ist es überflüssig, nach irgend einem Rechtsweg zu suchen. Ein Recht gibt es bezüglich der Schwarzen Listen in Deutschland für Arbeiter nicht. Mit dieser Tatsache müssen wir uns abfinden.

„Christliche“ Saalabtreiber.

Am 12. November d. J. ereignete sich das furchtbare Raddobnuglück in dieses Unglück und seine Ursachen zu besprechen, hatten unsere Kameraden am 16. November eine Versammlung und Vorkommnisse im Saale des Herrn Wanninghoff, einberufen. Vereinstilgheit hatte ihnen der Wirt sein Lokal zur Verfügung gestellt. Als aber die Versammlung stattfinden sollte, machte er Schwierigkeiten und nur nach den energischen Vorstellungen unserer Kameraden Katermann u. a. gestattete er, daß die Versammlung allerdings mit mehr als einer Stunde Verspätung tagen würde. Diesen schamlosen Streich hatte der Bezirksleiter Tebrügge vom Zentrumsgewerksverein und seine Hintermänner unseren Kameraden gegenüber. Wie nagelten dieses Verhalten in unserer Zeitung gebührend fest. Das war diesen Verächtern aber höchst peinlich, daß doch selbst der Zentrumsalgebundene Johann Giesberts in einer Versammlung am 17. August 1907 im Wirtshaus in Vordamm erklärte: „Eines der schmachvollsten und erbärmlichsten Mittel, den Gegner zu bekämpfen, ist, demselben die Lokale abzuziehen.“ Den Vorwurf, ein solch schmachvolles und erbärmliches Mittel gegen die Arbeiterbewegung von sich abzugeben zu haben, wollten die „Christlichen“ Herren nicht auf sich sitzen lassen und der Bezirksleiter Tebrügge reichte gegen unseren Kameraden Wagner Privatbeleidigungsklage an. Die Verhandlung fand am 2. März vor dem Schöffengericht in Hamm statt. Wagner bot den Rechtsbeweis an und beantragte die Ladung von 100 Zeugen, die befunden könnten, daß Tebrügge das Lokal abgezogen habe. Das Gericht lebte jedoch rechtserkennend den Beweis ab und verurteilte Wagner wegen formaler Beleidigung zu 50 Mk. Geldstrafe. Trotzdem schrieb Tebrügge in Nr. 11 des „Bergknappen“ einen Bericht, der auch durch die ganze Zentrumszeitschrift ging, worin die Wahrheit auf den Kopf gestellt und u. a. gesagt wurde: „Wagner konnte als Beweis für seine Behauptungen nichts vorbringen... Daraus geht zum so und joviellen Male hervor, was von derartigen sozialdemokratischen Behauptungen zu halten ist. Im Kampf gegen die verhassten „Christlichen“ können sie vor der größten Unschärfe nicht zurückweichen.“ So also wird von diesen Zentrumschristen die Wahrheit mißhandelt; selbst Gerichtsurteile sind vor ihrer Verdrehung nicht mehr sicher. Besonders zurecht bemerkt das Mitreden des Vertreters des Zentrums Tebrügge, des Herrn Rechtsanwalt Baumhaus in Hamm. Dieser legte für die Vorfragen Wagner's ein noch viel größeres Interesse an den Tag, wie der Vorsitzende. Ein solches Mitreden haben wir bis jetzt, das sei ausdrücklich festgehalten, noch bei keinem Rechtsanwalt beobachtet. Auf die Fragen des Vorsitzenden nach seinen Vorfragen hat Wagner sehr heimliche Antworten. Allerdings hat Wagner schon mehrere Geldstrafen erhalten, aber alle nur im Dienste der Arbeiterbewegung, er braucht sich darüber nicht zu schämen und kein denkbarer Mensch wird ihm deshalb einen Vorwurf machen. Anders aber der christliche Vertreter des Herrn Tebrügge. Nicht genug, daß er über die Fragen des Vorsitzenden hinaus noch besondere Fragen an Wagner wegen seiner Vorfragen stellte, bewieserte er auch noch zu allen Höhepunkten und ohne jeden Grund dessen Wahrheitsliebe. Und in seinem Auftrage verteidigt sich der Herr Tebrügge gegen Wagner, mit Rücksicht auf seine Vorfragen eine ganz exemplarische Gefängnisstrafe oder, wenn das Gericht nicht dazu kommen sollte, eine sehr hohe Geldstrafe zu beantragen. Sie haben in solchen Fällen immer erklärt, daß wir nur an der Feststellung des Tatbestandes, nicht aber an der Bestrafung des Gegners ein Interesse hätten. Die „Christen“ verlangen eine exemplarische Gefängnis- oder Geldstrafe und zwar nicht des Tatbestandes wegen, sondern mit Rücksicht auf die Vorfragen. Wie ist ein solches Verlangen mit den Grundgesetzen der Arbeiterbewegung in Einklang zu bringen? Unseren Kameraden, die „Bergknappen“ bezeichnen die gerichtliche Vertreter des Herrn Tebrügge als Spezialorgan der sozialdemokratischen Partei. Der unter Aufsicht stehende Artikel sei nur geschrieben worden, um die Erregung unter den Bergarbeitern zu steigern und diese im Interesse der sozialdemokratischen Partei gegen den „christlichen“ Tebrügge zu erregen.

Gegen das Hammer Urteil hatte Wagner Berufung eingelegt, welche am 23. April vor der Berufungskammer des Landgerichts Dortmund Verhandlung fand. Wagner hatte die Ladung von 100 Zeugen beantragt. Das Gericht lehnte jedoch aus formellen Gründen den Rechtsbeweis ab.

In der ersten Gerichtsverhandlung sei, wie der Vorsitzende mitteilte, allerdings zu Unrecht der Rechtsbeweis nicht zugelassen worden. Das Schöffengericht in Hamm habe die Wahrheit der in dem Artikel behaupteten Tatsachen nicht geprüft und sich an die beleidigende Form gehalten, sowie den Schutz des § 193 verlegt. Hätte man in der ersten Gerichtsverhandlung der Wahrheitsbeweis zugelassen werden dürfen und das Urteil somit rechtskräftig, so sei der Berufungsrichter doch jetzt schuldig, da der Kläger in keine Berufung eingeklagt habe. Wagner...

bot erneut Beweis dafür an, daß Tebrügge das Lokal abgezogen habe... Beziehungswort habe abtreiben lassen. Rechtsanwalt Wagner als Vertreter Tebrügges schließt sich dem an, damit nicht nachher in der Presse der Anschein erweckt werden könne, als ob Wagner leblich gegen formale Beleidigung verurteilt sei. Der Vorsitzende weist darauf hin, daß der Inhalt des Klagers dies habe in der ersten Verhandlung vorgetragen müssen, da sei es nicht geschehen, und in der Berufungsverhandlung sei es unzulässig.

Das Gericht verweist die Berufung Wagner's. Es wäre allerdings die Klage angeht aus §§ 186 und 188 des St.-G.-B. und hatte deshalb in der ersten Instanz der Beweis der Wahrheit zugelassen werden müssen. Das Berufungsgericht unterstellte aber zu Gunsten des Angeklagten, daß der Wahrheitsbeweis völlig erbracht sei. Jedoch lege dann doch noch eine formale Beleidigung vor, denn die angewandten scharfen Ausdrücke seien zweifellos beleidigend. Das Gericht hat dem Klagen zu Gunsten angenommen, daß für ihn wohl besonderes Interesse in Frage gekommen sei, es sei aber doch aus den Worten die Absicht der Beleidigung zu erkennen gewesen. Auch sei die Strafe des Vorberichters nicht zu hoch.

Gegen dieses Urteil ist selbstverständlich Revision angemeldet und hoffentlich kommt die Revisionsinstanz zu einer anderen Entscheidung, denn es ist doch rechtlich völlig unverständlich, daß Wagner für den Rechtsvertreter des Vorberichters belästigt werden soll. Damit ist aber der Saalabtreiber Tebrügge bis dahin beruhigt, wollen wir ihm eine Zuschrift eines unserer Zeugen mitteilen. Der Kamerad schreibt:

„Der Bericht in der Zentrumszeitschrift und im „Bergknappen“ über die Gerichtsverhandlung in Hamm, veranlaßt mich, zur Ehre der Wahrheit folgendes mitzuteilen. Der Einsitzer der Versammlung in Hamm am Anlaß des Raddobnuglücks war ich. Der Wirt hatte mir auch ohne jeden Einwand sein Lokal zu dem fraglichen Zweck zur Verfügung gestellt. Als aber die Versammlung stattfinden sollte, machte der Wirt Schwierigkeiten und erklärte:

„Der Herr Vorsitzende des katholischen Arbeitervereins buldet es nicht, daß die Versammlung stattfinden und wenn sie trotzdem stattfinden, mich er mit seinem Verein mein Lokal meiden.“

Auf meine Frage, wer denn der Vorsitzende dieses Vereins sei, wollte der Wirt erst nicht mit der Sprache heraus. Erst nach lauten Fragen erklärte er mir mehr Drängen: „Es ist der Herr Vikar aus Vordamm.“ Ich war darüber natürlich sehr erregt und habe in Begleitung noch zweier Zeugen den Herrn Vikar in seiner Wohnung aufgesucht, um mit ihm Rücksprache zu nehmen. Bei dieser Gelegenheit erklärte uns der Vikar wörtlich:

„Ich, sowie Herr Tebrügge, wir bulden es absolut nicht, daß derartige sozialdemokratische Versammlungen in diesem Lokale stattfinden.“

Als wir Einwendungen machten und besonders auf die Verhältnisse, welche das Raddobnuglück im Gefolge hatten, hinwiesen, wurde der Vikar sehr ungeduldig und er sagte, während er die Tür ergriff: „Bitte, verlassen Sie mein liebevolles Haus!“ Soweit die Zuschrift. Was dazwischen gesagt wird, werden drei Zeugen bezeugen können. Außerdem hatte Wagner noch die Ladung von zehn anderen Zeugen beantragt. Genügt's, Herr Tebrügge?

Obermarzloch. In der letzten Zahlstellenversammlung wurde zum diesjährigen Zahlstellenfest Stellung genommen und eine Kommission gewählt, welche die Vorarbeiten treffen solle. Die Kommission besaß sich zunächst mit der Lokalfrage und fragte, da in Obermarzloch nur ein großes Lokal vorhanden ist, welches seinem Zweck für größere Festlichkeiten entspricht und welches dem Herrn Wirt Klappsch, Kaiserstraße, gehört bei diesem an, ob er geneigt wäre, sein Lokal dem Bergarbeiterverband für belagertes Fest zur Verfügung zu stellen. Die Kommission kam aber hier schon an. Der Herr erklärte kurz und bündig, wir sollten ihn nur nicht mehr belästigen. Eine Klage, die gegen Kirche und Staat wäre, wo er für wäre, bulde er in seinen Lokalitäten nicht. Der Herr weiß noch nicht mal, daß der Verband überhaupt mit derartigen Sachen nichts zu tun hat. Man mißt ihm Kameraden! Der Herr buldet keine Verbänder und will auch von keinem mehr belästigt sein. In gleicher Zeit protestieren wir dagegen, daß von der Behörde die Bedürfnisfrage für Obermarzloch für größere Lokale bestellten wird, wie es Wirten, welche größer bauen wollten, schon ergangen ist und das sogar im Verwaltungsrechtverfahren. Wenn auch ein großes Lokal vorhanden ist, aber für wen?

Oberbergamtsbezirk Bonn.

Der „Zentrumsoberschiff“ „Marshall“ Süßes Meißel!

Im Vorhinein sind die Leuten vom Zentrumsgewerksverein groß, wenn's aber an's Beweisen gehen soll, knicken sie so. Das ist eine alte Erfahrung! Beim Meckelbader Streik hat der Zentrumsgewerksverein nicht die gemeinsamen vereinbarten Unterhaltungsabgabe, sondern bedeutend niedrigere gezahlt, welche ebendiesem auch noch, weil in der Hauptkasse Ebbe herrschte, durch Sammelreisen zusammengefordert werden mußten, während der Verband seine Unterhaltungen aus der Hauptkasse zahlte. Dieses Verhalten rief natürlich Empörung bei den Mitgliedern des Zentrumsgewerksvereins hervor, sodas selbst die katholische Zeitung der „Vorkämpfer“ schrieb, die Vergleute bezeichneten den Zentrumsgewerksverein als Schwindelverein und träten massenhaft aus demselben aus. Die „gottähnlichen“ Sekretäre glaubten dieser Massenflucht ihrer Mitglieder am besten mit der Behauptung begegnen zu können, der Verband habe sein Geld verlohnt u. u. In sachlicher Weise stellte unser Kamerad Leimpeters darauf, daß der Verband nur die vereinbarten Unterhaltungsabgabe an die Streikenden gezahlt hätte der Zentrumsgewerksverein aber habe trotz Abmachung diese Abgabe infolge des chronischen Falles in seiner Kasse nicht zahlen können. Nunmehr erschienen die „Christlichen“ mit einem Flugblatt:

„Lügenpeters Schelmensfreude. Unserem lieben Leimpeters als Neujahrsgruß zu Aug und Frommen aller Saar-, Bils- und Vorkämpfer Bergleute, gemindert von der Bezirksleitung des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter zu der Saar.“

Motto: Wenn die Sozialdemokratie nicht weiter kann, fängt sie zu lügen an!

auf dem Plan, was an persönlicher Gehässigkeit und Gemeinheit kann noch seines gleichen sucht. Nur einige Proben: „ganz gewöhnliche Dohr“, „Leimpeterschen Nichtsnugigkeiten“, „Leimpeters schwindel so bahnbrechend, was man freudig in die Welt“, „Leimpeters liegt zum ersten Male, L. trägt, pardon, liegt zum zweiten Male, L. schwindelt zum dritten Male, das ist schon wieder laundie gegeben, verurteilte Geheime, solches Gefindel, hier stellt L. die Wahrheit auf den Kopf, haufenweise Unwahrheiten, nur komplette Joiden fassen, L's Unverfrorenheiten, erfinden und erlogen.“ Dann folgt eine „Biographie“ des Reichstagsabgeordneten Singer, die in den „alten Kataster“ echt „christlich“ und geschmackvoll nennen, so niederrüchig, daß man sie in einem ausländischen Blatt nicht wiedergeben kann, weshalb ja auch der „Vorkämpfer“ die katholischen Familienwörter aufforderte, diesen Luraz in den Ofen zu werfen, ehe ihn die Kinder in die Finger bekommen. Das Musterwerk ist in Massen in der Pfalz, dem Saargebiet und Lothringen unter den Bergleuten verbreitet worden, wenn auch nicht mit dem erhofften Erfolg, denn auf Frankenthal warfen die Beamten den Verteilern des Musterwerks ins Gesicht und frugen sie, ob sie sich nicht schämen, ein derartiges Schmutz- und Dreckblatt zu verteilen? Unständige Vergleute, die bis dahin dem Gewerksverein angehört hatten, traten wegen dem Sudelwisch aus und zum Verdam über.

So ungern wir die Berichte zur Herstellung unserer Ehre anrufen, war Leimpeters in diesem Falle dennoch gezwungen, dem Verfasser desselben Gelegenheit zu geben, ihm zu beweisen, wo er zum ersten, zweiten und dritten Male gelogen, wo er die Wahrheit auf den Kopf gestellt habe, und da das Musterwerk die allgemeine Unterwürigkeit „Bezirksleitung“ trug, strengte L. gegen Süßes, als der eigentliche Bezirksleiter, als Verfasser, und gegen den Redakteur und Verleger, Bauer-Meintinger, als Drucker, Privatklage an. Im „Zentrum“ am 15. April stellte Herr Süßes die Verantwortlichkeit in Abrede, obgleich der Stil, die Ausdrucksweise und Grammatik ganz nach Süßes aussahen. Er will während der Zeit verweist gewesen sein, will nicht wissen, wie und wer das christliche Musterblatt verfaßt hat, aber als es verfaßt und gedruckt war, hat er die Verbreitung gebilligt. Den Beweis für seine „Unschuld“ trzt der „tapere Christenführer“ nicht an. Der Vertreter des anderen Privatbeteiligten, Dr. Jillessen, bot einen Vergleich an und erklärte sich zu einer Abgrenzung in seiner Zeitung bereit, während Süßes keine Erklärung abzugeben wollte. Die Sache wurde veragt, da Leimpeters nicht wünschte, daß Süßes „unschuldig“ verurteilt werde. Er werde...

lofort gegen Wirtliche, der noch in Frage kommen könnte, eine neue Privatklage erheben, und, falls der sich als Verfasser bekennet, solle Süßes frei ausgehen. Das ist die christliche Kampfsmethode: Möglichst verborgen, oft vollständig anonym, die schwersten Beschuldigungen, ehrenkränkende Beleidigungen gegen ihre Mitmenschen in die Welt schleudern, und zieht man sie dann zur Rechenschaft, dann knicken sie.

Provinz Sachsen, Brandenburg, Thüringen.

Kloster-Mansfeld. Am 2. April wurde fünf und am 15. April einem Bergmann gekündigt, ohne daß ein Grund dafür angegeben wurde. Die Arbeiter werden einfach auf die Straße geworfen, man fragt nicht danach, ob sie wieder Arbeit finden. Die Behörde scheint hier zwei freie Zeit zu haben und so sucht sie Nebenbeschäftigung. Am 18. April wurden vom Ortschulzen und dem Oberwachmeister in einem Lokal, wo sich unserer Vertrauensmann wiederholt in einem Schoppen über getrunken hat, Erlaubigungen eingezogen, nämlich die von diesem einberufenen Versammlung stattfinden würde. Wir möchten der Behörde den Rat geben, statt sich um solche Dinge zu kümmern, in ihrer freien Zeit das neue Reichsgesetz zu studieren. Dann wird sie finden, daß gewerkschaftliche Versammlungen oder Besprechungen der Polizei nicht angemeldet zu werden brauchen.

Oberbergamtsbezirk Breslau.

Saalmarkt in Obergieshagen. Der Mangel an Versammlungslökalen macht sich von Tag zu Tag für die ober-schlesischen Arbeiter immer fühlbarer. Die Lokalbesitzer halten noch fest an den alten Traditionen und wollen erst dann ihre Lokalitäten der Arbeiterchaft zu Versammlungszwecken freigeben, wenn es die ihnen dreimalige „hochheilige“ Polizei erlaubt. Das Geld der Arbeiterchaft nehmen die Lokalbesitzer sehr gern entgegen. 1894 hatten unsere Mitglieder ein Lokal in Faberge W. boyottiert, weil es ihnen entzogen wurde. Der damalige Wirt mußte sein Geschäft aufgeben, weil ohne Bergarbeiter nichts zu machen war. Daselbst Lokal haben unsere Kameraden der Zahlstelle Faberge W. ab 1. September 1908 zu Versammlungen erhalten, der Wirt machte kolossale Geschäfte. Am 24. Januar d. J., als die Arbeitermassen zur Versammlung erschienen sind, fanden sie den Saal zu. Vor dem Lokale war die Polizei in Zivil und Uniform stark vertreten. Der Besitzer erklärte, daß die Tagesordnung zu scharf wäre, er könne es zur Abhaltung der Versammlung nicht kommen lassen. In den nächsten Tagen, als ihm die organisierten Arbeiter Vorwürfe über sein Verhalten machten und frugen, ob er für alle Versammlungen den Saal entzogen habe, war ihm doch die Sache zu bunt und er erklärte, daß die gewerkschaftlichen Versammlungen stattfinden können, aber keine politischen. Am 24. März d. J. erklärte er, daß überhaupt keine Versammlungen mehr bei ihm abgehalten werden dürfen, er habe nur Schaden durch die Versammlungen gehabt, auch könne er das Politische nicht leiden. Dieses geben wir unsern organisierten Kameraden und ihren Ehefrauen zur Kenntnis, damit sie diesen Herrn Freund nicht mehr in seiner Doffille, im Restaurant oder in seinem Herrenkonfektionsladen durch Kaufen seiner Waren „schädigen“ und ihm mit der politischen Zunge nicht mehr belästigen. Die Präkauten im Restaurant werden die Anziehungskraft auch nicht besitzen, um die jungen Kameraden hineinzulocken zu können. Kameraden!orget für das Anwachsen der Organisation und es wird ein leichtes Spiel sein, uns Versammlungslösale zu verschaffen.

Süddeutschland und Reichslande.

Und dem oberbayerischen Bergwerksrevier. Während der Weider Bergmann nicht mehr weiß, wie er sein Auskommen finden und aus der Not herauskommen soll, gibt es doch noch Glückliche, die zwar auch ihr Geld an der Kohle verdienen, aber beiseite kein Geld dafür durchschmeißt haben. Die Aktionäre der Oberbayerischen Kohlenbergbau-Gesellschaft, eine gemischte Gesellschaft, in der alle Nationalitäten vertreten sind, gehören auch zu diesen Glücklichen. Am Meingewinn nach reichlichen Abschreibungen und sogar Säumungen immer noch die fälligen 14 Prozent, da läßt sich noch leben. Einmal springt sofort in die Augen; die allmähliche Aufkündigung der Grube in Miesbach, wo im Vorjahre ein Fehlbetrag von 125 489 Mk. zu verzeichnen war. Wen die Schuld an dieser Wirtschaft trifft, wollen wir nicht untersuchen. Daraus den Geschäftsbericht erfahren wir auch, daß auch für das vergangene Jahr die geplanten Ausschüttungen die bescheidene Summe von 54 315 Mark wieder einfließen konnten, einen Vermehr über höhere Lohnausgabe von 185 828 Mk. wollen wir der energischen Arbeit des Verbands gutschreiben, ohne dessen Drängen gewiß kein Freitag nicht bezahlt worden wäre. Aus dem Obigen geht hervor, daß die Oberbayerische Aktionärs-Gesellschaft sich aufständisch neben den besten Arbeitergehilfsvereinen hinstellen kann, insoweit es nicht notwendig wäre, so fürwahr mit den alten aufgebrachten Arbeitern umzupfeigen. Vor kurzem passierte es einem alten Bauer, der 34 Jahre auf Grube Hainshaus zur Zufriedenheit gearbeitet, jetzt plötzlich über Tag gestellt wurde; ein anderer Bauer, der Krankheitshalber über Tag bleiben mußte, wurde ebenfalls von unterm Menschenreund und Strafa angehaucht, wenn er nicht mehr leiste, dann sollte er mal aufpassen. Was auf der einen Seite an Material verlohnt wird, dafür sollen dann die armen Leute herausgezogen werden. Wie man dann einen alten verdienenden Bergmann nach den letzten Rest von Vaterlandsliebe und Patriotismus nimmt, daß sieht man in Falle §. Die Herren arbeiten auch nach dieser Richtung sehr vorteilhaft. Für wen, braucht nicht gesagt zu werden.

Eisenberg. Noch im Vorjahre gehörten die Kameraden Eisenbergs der Zahlstelle Vetterleideheim an. Um die Agitation besser und gründlicher führen zu können, haben sie sich anfangs Februar d. J. entschlossen, eine eigene Zahlstelle zu gründen, der jetzt schon 58 Mitglieder angehören. Das Zahlstellenlokal befindet sich beim Wirt Johann Gaul. Die nächste öffentliche Versammlung findet am 9. Mai, nachmittags 3 Uhr, im Lokale des Wirts Johann Gaul, statt, wo Kameraden Johann Leimpeters einen Vortrag halten wird. Nicht aller Kameraden ist es, dort zu erscheinen und Kameraden, welche der Organisation nach fernsehen, nutzbringend. Nur durch die eifrige Mitarbeit aller ist es möglich, das gesteckte Ziel zu erreichen.

Zeitschrift. Manderlei Klagen werden hier über den Klassenrat Dr. Aren; laut, doch da wir deren Nichtigkeit nicht nachprüfen können, besonders einen kranken Fall betreff der Verhandlung eines Schlepwers, müssen wir es uns gönnen lassen, den Herrn Doktor zu erfinden, bitters daran zu denken, daß nicht ein jeder an dem gutgedachten Tisch des farten Lebens sitzen kann und es auch der arme Bergmann fühlt, wenn man ihn nicht so behandelt, wie es andere Leute gönnen sind. Nach einem Jahr, der frag zeigt, wie man das Leben des Bergmanns auf der Grube St. Michael einschätzt. Im vergangenen Monat war im hiesigen Lager eine Strecke teilweise zu Bruch gegangen. Der Freilicht gelang es, so weit unter Ordnung zu schaffen, daß die Förderung wieder möglich war. Der Steiger der Nachschicht meinte nun, das hangende sei noch so unsicher, da könne man das Pferd noch nicht darunter durchgehen lassen, doch die Bauer sollten die Wagen durchschleichen und drohte der „liebe“ Mann sogar mit Strafen, als sie sich weigerten und ihr Leben eben so hoch einschätzten, als das Leben eines Pferdes. Da sonst ist allgemeinen hier über die Beamten nicht geklagt wird, wollen wir für diesmal nicht zu scharf kritisch an dem Herrn üben, indem wir hoffen, daß er nicht immer dem Grundtag huldigt, daß Menschlichkeit billiger wie Pferdekraft sei. Oesters kommt es hier vor, daß Wagen fallen, auch das Strafen ist rigoros und könnte damit etwas nachlassen werden. Doch wie kann es hier anders sein, wo auf St. Michael der deutsche Reich nach so oft und sich sogar schon verschrieben der gelben Flagge anschlossen. Es wird auch hier nicht eher anders werden, bis die Kameraden aufwachen und sich samt und sonders dem alten Verband anschließen. Ferner noch eins: Unser Luxemburger Konsumverwalter könnte ein wenig bößlicher werden, wenn es auch schwer fällt. Hoffen wir, daß es geschieht, sonst müssen wir deutlicher werden.

Bekanntmachung.

Nachstehend veröffentlichen wir das Resultat der Delegiertenwahl zur Generalversammlung in den einzelnen Wahlkreisen. Die Verberntung nach Zahlstellen war infolge der Raumverhältnisse unseres Blattes nicht möglich. (Die fettgedruckten Namen sind als Delegierte gewählt.) Es erhielten Estimmen:

- Bezirk 1 (Hamm-Namen).
1 Heinrich Eiermann, Niedermaffen 129, Müller, Anna 73, Logemann, Obermaffen 68, Mann, Wilmersch 62.
2 Th. Lorenz, Königsborn 145, Heil, Heeren 138, Piepmiet, Luern 65.
3 Albert Gerwig, Niederaden 133, Sünchitz, Ramen 56.
4 Johann Geuzel, Bergkamen 156, Hotel, Bergkamen 17, Dittenbach, Althe 80, Köhler, Wilschbitten 36.



